

Wöchentlich 80 Pf., monatlich 2.40 Pf. (davon 90 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Preisbezug 4.00 Pf. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren. Auslandsendungen 6.- Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 5.- Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Samstags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Ausspr.: Dönhofs (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3 D. S. u. Deut.-Tel., Depositentk., Zentralamer. Str. 65-66.

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpalt. Sonabendausgabe 80 Pf. Postgebühren 2.- Pf. „Kleine Anzeigen“ des letztgedruckten Wortes 20 Pf. (außer zwei letztgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10 Pf. Zeitungsstellenangebote des ersten Wortes 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro Lindenstr. 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Primer freigesprochen!

Das Urteil der Grazer Heimwehr-Geschworenen.

Graz, 18. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Grazer Hochverratsprozess wurden Primer und die übrigen sieben Angeklagten von der Anklage des Hochverrats freigesprochen. Der Staatsanwalt war energisch für die Verurteilung eingetreten. Als im Justizsaal nach der Verlesung des Urteils Weisfall laut wurde, verbot es der Vorsitzende.

Auch in Deutschösterreich hat der Heimweherschismus unter der geistesverwirrenden Maske des Nationalismus überhand genommen; ist so im Sommer 1930 sogar ein jugendlicher, hocharistokratischer Schimpfbold, der dreizehnfache Schlossbesitzer Rüdiger Starheimberg aus Oberösterreich zum Innenminister im Kabinett des Reichsverwesers Raugoin ernannt worden und hat zugunsten der schwerbewaffneten Heimwehr die Staatsmacht auf Waffenjagd in die Arbeiterheime, Konsumvereine und sozialdemokratischen Sekretariate schickten können. Im Keller des Wiener Parteihauses wurden Mäuser durchbrochen, dem Arbeiterschützenbund wurden die Scheibentüren weggenommen und auch nach der Befestigung des Ministeriums Raugoin-Starheimberg durch den Volksentscheid für die demokratische Republik in der Parlamentswahl vom 9. November 1930 ließ Raugoin im Keller des Wiener Arsenal nach Waffen graben, was so sachmännisch vorgenommen wurde, daß ein Sapper den Tod fand. Die Hoffnung auf einen schicksalhaften Umsturz in Deutschland ließ die heimwehrführer im letztenwöchentlichen September loschlagen. Drei sozialdemokratische Arbeiter fielen schicksalhaft zum Opfer, mehrere andere, aber auch staatliche Verwaltungsbeamte, christlichsoziale und landbühnerische Abgeordnete und Bürgermeister kamen mit mehrstündiger Einsperrung davon. Eine Anzahl Arbeiterwohnungen, Arbeiterheime und Kinderheime waren scharfer Beschließung aus Maschinenwaffen ausgelegt. Der heimwehrführer Dr. Primer ließ Proklamationen anschlagen, in denen er die Verfassung als aufgehoben, die Beamten ihres Eides entbunden und sich selbst zum Inhaber der staatlichen Macht erklärte. Strafenpforten wurden eingerichtet, Patrouillen ausgesandt, geradezu der Kriegszustand eingeführt.

Der Spul war aber bereits zwölf Stunden später zerstoßen. Primer flüchtete nach Südbanien, konspirierte in München mit Hakenkreuzlern und lehrte schließlich, mit falschem Bart versehen, aus Südbanien zurück, um sich dem Gerichtsverfahren zu stellen. Sollten ihn beruhigende Versicherungen über die Zusammenfassung des Schwurgerichts dazu bestimmt haben?

Während man noch vor kurzem die Albaner, die das Attentat an der Wiener Oper auf den König Zogu verübt hatten, dem zuständigen Schwurgericht Wien entzog, um sie vor die bürgerlichen Geschworenen des oberösterreichischen Kied zu stellen und ihrer Verurteilung sicher zu sein, hat man den heimwehrprozess dem Grazer Schwurgericht gelassen, obwohl sicher war, daß die Geschworenen aus dem stark ländlichen Gerichtsprängel zum großen Teil unter der ständigen Beeinflussung und dem scharfen Terror der Heimwehrschützen stehen.

Von den 34 Geschworenen, aus denen die zwölf Volksrichter für die Verhandlung auszuwählen waren, gehören nicht weniger als 14 der Heimwehr an; die ausgelosten zwölf waren durchweg Bürger und Bauern, die Freisprechung der Putschisten überrascht nicht, sie war bereits angekündigt.

Neben dem Primer sahen auf der Anklagebank eine Anzahl kaiserlicher Offiziere und sonstige prominente „Herren“. Sie schmeckten vor den Geschworenen eifrig den roten Lappen des Bolschewistenfahnen. Deutschösterreich ist ein Land von scharf ausgeprägtem Klassengegenstand. Zwar hat die seit dem Zusammenbruch herrschende Demokratie die bürgerlichen Parteien erkennen lassen, daß die Sozialdemokratie an der Demokratie unbedingt festhält und nur durch Gewinnung der Volks- und Parlamentsmehrheit ihre Ziele durchzusetzen strebt. Aber wir sehen es ja auch in anderen Ländern:

Gerade die Ausstrahlung der widerstreitenden Interessen auf dem Boden des demokratischen Parlaments mit ihrer natürlichen Schließung von Kompromissen ist den rückwärtslosen Scharfmachern auf den Tod verhasst, da es ihnen nicht um Ausgleich, sondern um schrankenlose Kapitalherrschaft geht.

Den wertvollsten Klassen soll um jeden Preis geraubt werden, was ihr Aufstieg zur politischen und wirtschaftlichen Macht, zur Bildung und Kultur und was der Zusammenbruch der Monarchie nach dem Weltkrieg als viel zu geringen Ausgleich für die ungeheuren Opfer dem Volk gebracht hat. Um aber auch noch demokratisch empfindende Bürgerschichten dafür zu gewinnen, muß man die Arbeiterbewegung als räuberisch, als Zerstörerin aller Kultur hinstellen. Kann man das nicht durch Einführung von Feten und Programmen der Arbeiterbewegung beweisen, so erfindet man irgendeine

Schwindel von Schutzbündelüberfällen auf harmlose Heimwehzüge, um die Faschistentruppen schwer bewaffnet in Marsch zu setzen. Primer hat offen zugegeben, einen solchen Schwindel verübt zu haben, um die Mobilisierung seiner Truppen zu rechtfertigen.

Die unter Heimwehrleitung stehende steirische Gendarmerie hat dem Putsch mit liebevoller Duldung zugegesehen, der christlichsoziale Landeshaupmann hat die Putschisten beraten und gefördert. Nicht auf ihn, sondern auf die Regierung in Wien war das Aufgebot des Bundesheeres zurückzuführen, das durch Grazer Sabotage auch nach Stundenlang verzögert wurde.

Der Grazer Staatsanwalt war gegen die Heimwehrfreundlichkeit der Geschworenen machtlos.

Dieses Urteil muß als eine Billigung des Putsches zu seiner Wiederholung, womöglich in größerem Maßstab, ermuntern.

Gegen ein Schwurgerichtsurteil steht der Anklagebehörde nur das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde an den Obersten Gerichtshof zur Verfügung, die aber nur auf Formfehler des Gerichts oder auf unrichtige Gesetzesanwendung gestützt werden kann. Unter diesen Umständen ist es kaum wahrscheinlich, daß dieses Urteil wieder außer Kraft gesetzt werden wird. Die Zweifel an der Zweckmäßigkeit reiner Schwurgerichte in politischen Prozessen erhalten neue Nahrung.

Diejenigen, die Deutschösterreich als demokratische Republik anerkannt erhalten wollen, die nicht das Land dem Bürgerkrieg und vielleicht auch ausländischer Einnahme aussetzen wollen, werden nun wohl ohne Aufschub mit sich zu Räte geben müssen, ob nicht eine Sondergesetzgebung gegen Putschisten am Platze ist.

Das Grazer Urteil wird zu einer Probe darauf werden, ob die am 9. November 1930 zur Ausrechterhaltung der Demokratie gewählte Parlamentsmehrheit den Willen ihrer Wähler erfüllen will.

Staatsmacht versagt — Selbstschuß!

Wien, 18. Dezember (Eigenbericht.)

Im Nationalrat stand eine sozialdemokratische dringliche Anfrage wegen der Schießerei in Boitsburg zur Debatte. Es kam zu stürmischen Szenen.

Innenminister Winkler verlas einen Bericht des Grazer Landeshauptmanns, der die Gendarmerie für unschuldig erklärte. Als dann Dr. Deutsch (Soz.) sprach, die Heimwehr vor einem neuen Putsch warnte und des Verschulden der Gendarmerie an den Vorkommnissen in Boitsburg darlegte, tobten die Heimwehrabgeordneten, von denen einer in die Tasche griff und einen Gegenstand hervorholte, der für einen Revolver gehalten wurde. Sozialdemokraten stürzten auf die Heimwehrabgeordneten, worauf Präsident Dr. Renner die Sitzung unterbrach und sich zwischen die streitenden Gruppen begab. Bürgerliche Abgeordnete erklärten, daß der Gegenstand, den der Heimwehrabgeordnete hervorholte, wahrscheinlich ein Schlagring gewesen sei.

Heimwehrprovokation im Nationalrat.

Wien, 18. Dezember. (Eigenbericht.)

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat einen Aufruf erlassen, in dem er feststellt, daß ein Klaffengericht die angeklagten Putschisten freigesprochen hat. Nicht ein einziger Arbeiter habe auf der Geschworenenbank gesessen. Dann heißt es weiter: „Diese Republik ist verraten und verkauft von denjenigen, denen ihre Ehre anvertraut ist. Wir versichern eure Gefühle und deshalb mahnen wir euch, auch angesichts dieser aufregenden Tatsache eure kaltblütige Besonnenheit zu wahren. Der Verrat vom 13. September ist unbestraft geblieben. Deshalb rufen die Aristokraten und Kapitalisten zu einem neuen Putsch. Darum, daß der Staatsanwalt die Republik verteidigen wird, können wir uns nicht mehr verlassen. Wir werden unsere Freiheit das nächste Mal selbst verteidigen müssen. Die Vorbereitungen unserer Abwehr scheunigt zu vollenden, das muß unsere Antwort auf das Urteil von Graz und auf die Schüsse von Boitsburg sein!“

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erteilte Präsident Renner eine Menge Ordnungsrufe. Abg. Deutsch (Soz.) begann dann weiterzusprechen. Es kam jedoch zu neuen Lärmereien. Die Bloße des Präsidenten blieb unbeachtet. In einer kurzen Pause schloß Dr. Deutsch seine mit lauteifer Stimme in den Saal gerufene Rede unter stürmischem Beifall seiner Parteifreunde mit den Worten: Die Sozialdemokraten müssen sich gegen die Pläne der Heimwehr und der Habsburger Freunde wehren; denn es geht um die Freiheit. Dann ist Gewalt gegen Gewalt nicht nur mögliches Recht, sondern stichtliche Pflicht.

Die Antwort des Heimwehblades war ein Konzert mit Trillerpfeifen.

Borsig und Deutschland.

Zum finanziellen Zusammenbruch der Borsigwerke.

Vor acht Tagen ist Ernst von Borsig, neben seinem wenig hervortretenden Bruder Konrad der Leiter und Befehlshaber des Borsigkonzerns, von der Präsidentschaft in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zurückgetreten. Gestern haben die Borsigwerke ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt. In diesen beiden Tatsachen ist ein Kreis umschlossen, der nicht nur die beteiligten Arbeiter und Gläubiger, nicht nur die deutsche Wirtschaft, sondern Deutschland im ganzen angeht.

Die Welt wird aufhorchen bei der Nachricht, daß die Borsigwerke ihre Zahlungen einstellen mußten. Wer von der heute lebenden Generation der internationalen Finanziers und Wirtschaftsführer das Deutschland der Vorkriegszeit gekannt hat, für den war der Name Borsig ein Repräsentant der wirtschaftlichen und finanziellen Großmacht, die Deutschland einst war und auch des wirtschaftlichen Imperialismus, den Deutschland wie alle anderen Großmächte der Welt auf der Grundlage seiner finanziellen Macht in der Vorkriegszeit betreiben konnte. Neben dem Kanonik König Krupp war der Lokomotivkönig Borsig im Auslande der bekannteste Vertreter der deutschen Wirtschaftsmacht. Wo die deutschen Großbanken Anleihen im Auslande begaben und deutsche Techniker Eisenbahnen zu bauen begannen, da folgte den Anleihen und den technischen Projekten sehr bald die Borsig-Lokomotive. So wird die Zahlungseinstellung der Borsigwerke im Auslande wie ein neuer Fanal für den schweren Fall wirken, der Deutschland durch den Verlust des Weltkrieges und durch den Unfug seiner Beendigung durch erdrückende Reparationen erlitten hat. Das Auslande wird daran erinnert werden, daß es bei den jetzigen Stillhalteverhandlungen in Berlin und Basel und bei den kommenden Reparationsverhandlungen im Januar nicht nur um Geschäfte und Profite, sondern um das Schicksal eines großen Staates geht, auch wenn dieser Staat nicht mehr wie früher ein großer Gläubiger der Welt ist, wie einst, sondern nur ein großer Schuldner.

Nun war in Deutschland der Glanz des Namens Borsig freilich schon lange verblaßt. Nicht nur, weil neue Technik und neue Wirtschaftsmächte Borsig in den Schatten treten ließen. Die beiden konservativen und schlaf gewordenen Erben des Wirtschaftspioniers August Borsig, der nur ein Zimmergenosse war, hatten sich zur Umstellung und Leitung des früher 15 000 Menschen beschäftigenden Borsigkonzerns nicht als fähig erwiesen. Aber der Name Ernst von Borsig war im Nachkriegsdeutschland ein Programm geblieben. Ernst von Borsig repräsentierte jenes deutsche Unternehmertum, das aus dem politischen und wirtschaftlichen Wandel seit dem verlorenen Weltkrieg nichts gelernt hat. Ernst von Borsig war bis vor wenigen Tagen der erste Präsident der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Der gute persönliche Wille und die persönliche Anständigkeit der Borsigs brauchten nie bezweifelt zu werden. Aber in der Republik, die durch die Verfassung die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern grundsätzlich auch in wirtschaftlichen Dingen garantiert, versuchte Ernst von Borsig das deutsche Unternehmertum in dem völligen Ungeist eines weltfremden Patriarchentums zu erhalten und zu lenken, das den Arbeitern, Angestellten und Beamten die gleichberechtigte kämpferische Wahrnehmung ihrer Interessen verweigerte und als persönliche Beleidigung des Unternehmers empfand.

Ernst von Borsig war so in Deutschland der Repräsentant eines Regierens gegen die Arbeiterklasse; er hat nach im Jahre 1931, als ob es keine siebzehnjährige Entwicklung zur Demokratie in Deutschland gegeben hätte, die patriarchalische Wertgemeinschaft an die Stelle des Arbeitsrechtes setzen wollen. Der Ungeist der schwerindustriellen Scharfmacher von der Ruhr und der Ungeist Ernst von Borsigs waren dasselbe und waren zur politischen und sozialen Niederhaltung der deutschen Arbeiterklasse aus Wahlverwandtschaft verbunden.

Ernst von Borsig hat nie verstanden, daß mit dem Wandel vom individualistischen zum organisatorischen Kapitalismus auch ein Wandel in den Machtverhältnissen der Klassen zueinander beschlossen war, der in Gesetz und Verfassung Ausdruck finden mußte und gegen den eine reaktionäre Führung der Unternehmerschaft nur zum Nachteil der Wirtschaft und zum Nachteil das ganzen Volkes sich auswirken mußte. Mit großer Symbolkraft muß deshalb die Tatsache wirken, daß es beim Aufstieg der Borsigwerke im Jahre 1848 Borsigs Maschinenbauer waren, die Barrikaden bauten und verteidigten und daß der

Laval im Kreuzfeuer.

Ungeheure Lärmereien in der Kammer bei der Arbeitslosendebatte.

Paris, 18. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Regierung hat in der Kammer am Freitagnachmittag bei der Beratung über die Resolution, mit der die Interpellation über die Arbeitslosigkeit abgeschlossen werden soll, zunächst eine neue Niederlage erlitten, später allerdings ihre Mehrheit nach einer stürmischen Debatte wieder um sich zu scharen vermocht.

Vier Resolutionen waren eingebracht worden, darunter eine von Léon Blum und Auriant, die die Regierung aufforderte, eine Arbeitslosenversicherung zu schaffen, einen Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Arbeitszeit und einen weiteren über die Verlängerung der Schulzeit vorzulegen. Außerdem verlangte die Resolution eine merkliche Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und die obligatorische Schaffung von Arbeitslosenfonds in den Gemeinden mit über 2000 Einwohnern. Die Entschliessung enthielt natürlich nicht den Ausdruck des Vertrauens für die Regierung. Im Rahmen der Regierungsparteien hatte der Abg. de Fels (radikale Linke) eine Resolution eingebracht, die der Regierung das Vertrauen ausspricht und als wichtigste Forderung nur die Erhöhung der staatlichen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 60 bis 90 Proz. enthält. Die Radikalen und Linken republikaner ließen durch ihre Redner erklären, daß sie für die sozialistische Entschliessung stimmen würden, für die das Vorrecht verlangt worden war. Arbeitsminister Landry lehnte im Namen der Regierung das Vorrecht für diese Resolution ab, ohne allerdings die Vertrauensfrage zu stellen. Mit 292 gegen 281 Stimmen sprach sich jedoch die Kammer für das Vorrecht zugunsten der sozialistischen Resolution aus.

Die Regierung hat darauf um eine Unterbrechung der Sitzung, um über die durch das Votum geschaffene Lage zu beraten. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Landry, daß die Abstimmung die Ansicht der Regierung über die sozialistische Entschliessung nicht geändert habe. Er suchte die in der Entschliessung enthaltene Kritik an der bisherigen Politik der Regierung zu widerlegen und fügte hinzu, daß die Regierung ohne Gefährdung der Staatsfinanzen keine höheren Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung machen könne. Ministerpräsident Laval äußerte sich in demselben Sinne und wies vor allem auf die „katastrophalen Folgen hin, die die Arbeitslosenversicherung in England und Deutschland auf die Staatsfinanzen gehabt habe“. Im Namen der Regierung stellt er die Vertrauensfrage für die Ablehnung der Entschliessung.

In die Rede Lavals schloß sich eine dreistündige Debatte, in deren Verlauf der radikale Rivier und der Sozialist Léon Blum unter tosendem Beifall der Linken undurchhörbarem Lärm der Rechten die Arbeitslosenversicherung verteidigten und dem Minister vorwarfen, er habe durch die Stellung der Vertrauensfrage die Debatte auf das politische Gebiet getragen.

Léon Blum rief dem Ministerpräsidenten Laval unter Anspielung auf seine frühere Zugehörigkeit zur Sozialistischen Partei zu, daß die Arbeiterklasse ihn geliebt habe, und daß er dieser Liebe seine politische Laufbahn und die Ehre, an der Spitze der Regierung zu stehen, verdanke.

Wenn die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung auch groß seien, so seien sie doch immer noch geringer als die Militärausgaben.

Laval hielt darauf eine neue Rede, die durch heftigen Lärm der Linken unterbrochen wurde. Er erklärte u. a., nicht er habe die Debatte auf das politische Gebiet getragen, sondern die Sozialisten, die in ihrer Resolution alle Forderungen der Internationalen vorzögen. Weiter richtete der Ministerpräsident scharfe Angriffe gegen die Radikalen, weil sie die sozialistischen Forderungen unterläßen.

Dieser Vorwurf veranlaßte den Führer der Radikalen, Herriot, in einer glänzenden Rede die Politik der Regierung auf sozialem Gebiete zu kritisieren. Wie Keulenschläge prasselten die Anklagen auf den Ministerpräsidenten nieder, dem er u. a. eine Bestimmung des Versailler Friedensvertrages über die Organisation der Arbeit vorhielt, die Schutzmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit verlangt. Daraufhin brach im Hause

ein geradezu infernalischer Lärm

aus. Die Radikalen und die Sozialisten klafften ununterbrochen Beifall, die Rechte brüllte und klapperte mit den Fäusteln und wollte damit Herriot am Weiterreden hindern. Trotz des Lärms beendete Herriot seine Rede. Als darauf der nationalsozialistische Abg. Dumat für die Regierung sprechen wollte, reoanchierte sich die Linke und vollführte einen derartigen Lärm, daß der Präsident sich genötigt sah, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung konnte Dumat keine gegen die Sozialisten gerichtete Rede bei verhältnismäßiger Ruhe halten. Dann folgte die Abstimmung. Die Mitte, die vorher für die Priorität zugunsten der sozialistischen Entschliessung war, vergaß jetzt ihre Sorge um die Ersicherung des Schicksals der Arbeitslosen und stimmte aus rein politischen Gründen für die Regierung. Die sozialistische Entschliessung wurde daher mit 316 gegen 237 Stimmen abgelehnt.

Marinebauprogramm debattelos angenommen.

In der Freitag-Vormittagsitzung der Kammer wurde der Gesetzentwurf über das Marinebauprogramm für das Jahr 1932/33 ohne Debatte angenommen. Das war dank der Tatsache möglich, daß nur wenig Abgeordnete bei der Eröffnung der Sitzung anwesend waren. Das Bauprogramm umfaßt 4 leichte Kreuzer, einen Torpedobootszerstörer, ein Torpedoboot sowie ein Wasservertiefungsschiff und ein Flakkanonenboot. Nach den Angaben des Berichterstatters der Marinekommission handelt es sich bei den Schiffen nur um Ersatzbauten.

Landtag vertagt.

Noch einmal Abrechnung mit staatsfeindlichen Agrariern.

Nach unpopulärer weiterer Debatte, an der sich nur die Kommunisten und die Regierungsvertreter beteiligten, war die Interpellation über das Grubenunglück auf Mont Genis erledigt.

Hierauf wurde die Aussprache über die sozialdemokratischen Anträge fortgesetzt, die die Regierung zu

scharfem Eingreifen gegen den Terror auf dem Lande

und die Gewaltpläne der Landwirtschaftsverbände auffordern.

Unter einer Reihe von Rednern der Rechten, die die wirtschaftliche Not und die Verzweiflungstimmung auf dem Lande schilderten, kam auch der Abg. Johannsen (D. Sp.) zu Wort, der in bemerkenswertem Gegenatz zu der Rede seines Parteifreundes Graf Kanitz mit Nachdruck betonte, daß die Volkspartei bei allem Verständnis für die wirtschaftlichen Notzustände auf dem Lande und bei aller Hilfsbereitschaft natürlich Geheiligkeiten und Gewalttätigkeiten nicht rechtfertigen wolle. Das Schlüsselwort erhält

Ag. Jürgensen (Soz.):

Ich will noch einmal ganz klar sagen, was unsere Anträge wollen. Wir wollen die Regierung nicht scharfmachen, gewalttätig die Steuern bei den Landwirten einzutreiben, die nicht zahlen können.

Aber wir verlangen, daß die Regierung nicht duldet, daß den zahlungsunfähigen Bauern durch Beschluß der Landwirtschaftsverbände verboten wird, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten. (Sehr gut! bei den Soz.)

Wenn gegen solche Bauern mit dem Gerichtsverfahren vorgegangen wird und die Landwirtschaftsverbände jeden bedrohen und ängern, der bei Verzweiflung zu diesen Taten greift, muß die Regierung diesen Terror mit allen Mitteln der Staatsgewalt brechen. Gemeindevorsteher und Amisvorsteher, die an solchen Beschließungen teilnehmen, können nicht länger im Amte bleiben. Und wenn im Kreise Schleswig der Landrat bei solchen Beschließungen ruhig dabei sitzt, ohne den Mund aufzumachen, muß er kurzerhand aus dem Amte gejagt werden. (Beifällige Zustimmung bei den Soz.)

Köme einmal eine Rechtsregierung in Preußen, siehe sie sich die organisierte Steuerverweigerung bestimmt nicht gefallen!

Die Redner und Rednerinnen der Rechten haben uns hier stundenlang in den „Gemütszustand“ der Bauern hineinzuerlegen gesucht. Das war überflüssig; wir verstehen ohnedies die Lage jedes Bauern, der Not leidet. Aber alle Redner und Rednerinnen der Rechten zusammengenommen, haben nicht ein Wort gesagt von der Verzweiflung der Arbeitslosen, der in seinen letzten vier Wänden sitzt und den Exorzitor ermittieren kommt. Wo bleibt da ihr deutsches Gemüt? (Beifällige Zustimmung bei den Soz.) Aber freilich, da ist nicht der ermittelte Arbeitslose deutschnational, sondern der Hausbesitzer, der ihn ermittelt, und da schlägt Ihr Herz für den Hausbesitzer.

Sagen Sie es doch kurz heraus, daß nach Ihrer Auffassung nur noch Arbeiter, Angestellte und Beamte Steuern zahlen sollen.

(Sehr gut! bei den Soz.) Die Not der Landwirtschaft ist groß; aber ich kenne genug reiche Marktbauern, die für die RSDAP an freiwilligen Beiträgen mehr zahlen als die ganze Steuersumme beträgt, die sie dem Staat verweigern. (Sehr gut! bei den Soz.)

Während der Rede des Grafen Kanitz habe ich die Augen geschlossen und mich in die Vorkriegszeit zurückgedrückt, wo auf dieser Tribüne ein Graf Kanitz das Dreiflüssenwahlrecht pries. (Abg. Graf von Kanitz: Das war ja mein Anteil!)

Gewiß, aber mehr Junker als Sie ist auch Graf Kanitz-Pöbungen nicht gewesen!

(Sehr gut und Heiterkeit bei den Soz.) Die Gemerkheiten hat Herr Graf von Kanitz für „problematisch“ erklärt. Zugleich hat er als Vorsitzender eines Berufsverbandes der Arbeitgeber gesprochen. Das könnte den Herren so passen, daß sie organisiert wären, und der Arbeiter vereinigt, wie in der Vorkriegszeit, bei ihnen bitten und betteln müßte.

Wir Sozialdemokraten bleiben trotz aller Not Optimisten.

Infolge GEG. hat den Umsatz deutscher Butter in den letzten drei Jahren um 300 Proz., den Umsatz deutscher Eier um 400 Proz. gesteigert.

und sie würde mit ihren Sammelstellen für die deutsche Landwirtschaft noch unendlich viel mehr leisten können, wenn nur bei dieser etwas mehr guter Wille zur Zusammenarbeit wäre. Aber schließlich werden die deutschen Bauern schon merken, wer ihnen praktisch hilft! Ob bei der nächsten Wahl die Deutsche Volkspartei in Trümmer geht, ob von der Deutschen Volkspartei wenig übrig bleibt — Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften bleiben bestehen. Und wenn in der politischen Brandung der Gegenwart die ganze bisherige politische Organisation des Bürgertums zerfällt,

die eiserne Front der Arbeiterklasse wird niemand erschüttern.

Die Organisation der Arbeiterklasse bleibt der Leuchtturm des werktätigen Volkes und der Grundpfeiler des kommenden politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Es folgen sozialdemokratische Uranträge über die Finanznot der Gemeinden und Gemeindevorstände, die in der Fassung des Hauptausschusses angenommen werden; danach soll der Gemeindevorstand an der Umsatzsteuer erhöht, die Arbeitslosenhilfe zugunsten der Gemeinden reorganisiert und die Pflicht des Reiches zur Hilfe für die notleidenden Gemeinden gesetzlich festgelegt werden.

Ebenso nimmt das Haus Anträge des Hauptausschusses an, die auf Uranträge des Zentrums und der Volkspartei zurückgehen und Schonung der Gemeinden und Gemeindevorstände sowie der Bürger der Rheinprovinz und Westfalens bei den Sonderumlagen zur Flüssigmachung der Landesbanken wünschen.

Endlich werden auf sozialdemokratischen Antrag gemäß den Vorschlägen des Hauptausschusses in sieben Punkten genau detaillierte Vorschläge zur weiteren Entlastung der Neubaumieter beschlossen.

Hierauf vertagt sich der Landtag auf den 19. Januar 1932.

Preussische Notverordnung verabschiedet

Bekanntgabe nicht vor Montag.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger meldet, hat das preussische Staatsministerium in einer mehrstündigen Sitzung am Freitagnachmittag die neue preussische Sparnotverordnung endgültig verabschiedet. Ueber den Inhalt der Notverordnung wird amtlich bisher nichts bekanntgegeben. Es wird erklärt, daß die Verordnung nicht vor Anfang nächster Woche veröffentlicht werde.

Der Brest-Litovsk-Prozess mußte vor Beginn der Verteidigungsreden wegen eines Brandes im Gerichtsgebäude vertagt werden.

Glanz des Namens Borjig in demselben Augenblick endgültig verblaßt, in dem Ernst von Borjig von der Führung der deutschen Arbeitgeberverbände zurückgetreten und neben seinem eigenen Wirtschaftsbankrott auch den Bankrott seines sozialpolitischen Führertums im neuen Staate eingestehen muß.

Dieser Widerspruch zwischen der von Borjig gepflegten Tradition und den Erfordernissen einer neuen Zeit ist es denn auch eigentlich, an dem die Borjigwerte selbst zusammengebrochen sind. Die erforderliche wirtschaftliche, technische, finanzielle und kaufmännische Umstellung im Borjig-Konzern konnte nicht gelingen, weil die „geistigen Prinzipien“ der Borjigs schon zu lange in fast tragikomischer Weise mit allen Notwendigkeiten von heute kollidierten. Der Kalkül und Orakeln mit ebenso großer Liebe wie den Gedanken der Werksgemeinschaft züchtende und pflegende Ernst von Borjig fand sich in dieser Welt, die schwachen Erben keine Borjigs auf Lorbeeren verteilt, nicht mehr zurecht. In der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und im Reichsverband der deutschen Industrie hatte Borjig gegen den Staat für die freie Wirtschaft und gegen Subventionen mit aller Leidenschaft gekämpft und hat wahrscheinlich den komödiantischen Zwiespalt gar nicht empfunden, daß er sich als prinzipieller Gegner des neuen Staates bekannte und diesen Staat zugleich im Juli d. J. um eine Subvention für seinen Konzern anging.

Ernst von Borjig war im Jahre 1927 allen Ernstes persönlich tief gekränkt, als ihm die breiteste Öffentlichkeit wegen seiner Behauptung die soziale Gesinnung absprach, daß ohne Sozialpolitik ruhig 50 000 Menschen gefährdet werden dürften, weil ja 4000 bis 5000 tüchtige Menschen, die man durch Einsparung des sozialen Aufwandes mehr züchten konnte, diese 50 000 durch ihre Wohlthätigkeit durchzuschleppen in der Lage wären. Ein solcher Mann und ein solcher Geist, die aus der Wirtschaftsführung eine Pöffe machen mußten, konnten auch zur Leitung des Borjig-Konzerns nicht mehr fähig sein. Daß der Borjig-Konzern bis heute ein Familienunternehmen geblieben ist, ist kein Zufall; zu Besseren und Vernünftigerem hat es bei den Borjigs eben nicht gereicht.

Für die Borjig-Werke werden jetzt Vergleichsverhandlungen mit den Gläubigern geführt. Es besteht die Absicht, die Borjig-Werke in Legel und auch in Oberschlesien, von denen das Schicksal von Zehntausenden abhängt, nach Möglichkeit zu erhalten. Nicht um der Familie Borjig willen, sondern aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen besteht auch die Notwendigkeit, daß die Werke erhalten werden und ihre Lebensfähigkeit durch eine nachdrückliche Umstellung und Sanierung erhöht wird. Der Geist der Borjigs kann und darf sterben, der Name der Borjigs darf zu einem Fettersack der Geschichte werden. Die Menschen und die Arbeitsmöglichkeiten aber, die an das so schlecht bewirtschaftete Kapital der Borjigs gebunden worden sind, müssen erhalten bleiben. Weder Borjig noch die Banken haben dazu genügend Geld. Der Staat darf den Gläubigern allein die Auseinandersetzung und die Sanierung nicht überlassen. Der Staat wird seine ganze Kraft bereitstellen müssen, die Borjig-Werke unter seine Kontrolle zu nehmen, so weit öffentliche Mittel oder öffentliche Garantien für die Sanierung notwendig werden. Der Staat wird auch darauf zu achten haben, daß das Privatvermögen der Borjigs, deren Ungeist und Unfähigkeit die heutige Lage entscheidend verschuldet haben, zur Deckung der Verluste und zur Sanierung herangezogen wird. Der arbeitende Mensch muß in Deutschland mehr gelten als das Kapital. Gerade weil das Wirtschaftsführertum der Borjigs so schlecht und unzeitgemäß war, hat der Staat kein Recht, den Opfern dieses Wirtschaftsführertums seine Hilfe zu verweigern.

Epidemischer Schwindel.

Kommunistisch-nationalsozialistischer Lügenbetrieb.

Vor einigen Tagen hat ein kommunistisches Standblatt, die „Welt am Abend“, einen angeblichen Bericht über eine Rede des Genossen Grafmann in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion veröffentlicht und dazu einige Erfindungen über einen angeblichen Wechsel in der Chefredaktion des „Vorwärts“ erzählt. Wir sind auf diesen Schwindel nicht eingegangen, da es sich um ein Blatt handelt, dessen Art, seine Leser mit frei erfundenen Geschichten zu unterhalten, hinlänglich bekannt ist. Der Schwindel ist aber inzwischen in den „Dortmunder Generalanzeiger“ übergegangen, und von dort in den „Wittlicher Beobachter“ in München, wo er solche Begeisterung hervorgerufen hat, daß er das Wort zu dem fetten Genossen Grafmann „Die SPD. zerfällt“ begeistert hat. Um weitere gleichgestimmte Seelen vor Enttäuschungen zu bewahren, stellen wir fest, daß keine Silbe von dem ganzen Schwindel stimmt. Der Informator der „Welt am Abend“ hat sich die angebliche Rede Grafmanns, die nie gehalten worden ist, und alles weitere, was die Welt erzählt hat, glatt aus den Fingern geflogen.

Brüning und Groener fahren nach Genf.

Als Delegationsführer zur Abrüstungskonferenz.

Deutschland wird auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz durch den Reichskanzler Dr. Brüning und den Reichswirtschaftsminister Dr. Groener vertreten sein. Den Reichskanzler wird der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. von Bülow begleiten. Bei Abwesenheit der Kabinettsmitglieder wird der Botschafter Hr. Naldony die Delegation führen. Zu seinem ständigen Vertreter ist der Botschafter in Madrid, Graf Welczed, bestimmt.

Schnelljustiz im Helldorf-Prozess.

Langsam voran!

Im Prozeß Schuster und Gen. alias Graf Helldorf und Gen. wurden gestern ganze siebenhalb Angeklagte vernommen, „halb“, weil die Vernehmung des achten heute fortgesetzt werden soll. Von einundvierzig Angeklagten siebenhalb vernommen — das will schon etwas besagen! Immer langsam voran!

Kohle und Gas billiger!

Preiskommissar greift bei den Kleinhandelspreisen durch

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Schröder, hat nunmehr auch die Senkung der Kleinhandelspreise für Kohle, die durch Sündlerkartelle festgesetzt werden, in Angriff genommen. Eine entsprechende Bekanntmachung über den Abbau der Kartellpreise des Kohlen-Einzelhandels vom 16. Dezember ist erlassen.

In der Bekanntmachung wird bestimmt, daß die Verbände des Kohleneinzelhandels bis zum 1. Januar 1932 neue Preisbeschlüsse zu fassen haben. Die neuen Preise müssen einmal der 10prozentigen Senkung der Subsidialpreise, ferner dem Frachtenabbau voll Rechnung tragen und dürfen nur Handelsspannen enthalten, die um 15 Proz. unter den bisherigen Gewinnspannen liegen. Wenn die Kartelle des Handels sich den Bestimmungen des Preiskommissars entziehen, und die Kleinverkaufspreise nicht dieser Anordnung entsprechend senken sollten, so werden die Kartelle aufgelöst und der einzelne Kohlenhändler ist in seiner Preispolitik frei. Versuche, diese Preisbestimmungen zu umgehen, sind verboten und werden mit hohen Geldstrafen geahndet.

mungen zu umgehen, sind verboten und werden mit hohen Geldstrafen geahndet.

Gaspreisentung 10 Prozent.

Der Aufsichtsrat der Berliner Städtischen Gaswerke A. G. beschloß in seiner gestrigen Sitzung, eine zehnpromzentige Preisermäßigung für den Gasverbrauch im Haushalt, der Industrie und des Gewerbes mit der Januar-Abrechnung eintreten zu lassen.

Der Beschluß des Aufsichtsrates bedeutet, daß mit der Januarzählung der Gaspreis pro Kubikmeter von 18 Pf. auf 16,2 Pf. herabgesetzt wird. Das ist eine immerhin fühlbare Preisentung, die von der werktätigen Bevölkerung sehr begrüßt werden wird. An den Beratungen des Aufsichtsrates nahm auch der Stadtkämmerer teil, der dem Beschluß des Aufsichtsrates kaum leichten Herzens zugestimmt haben dürfte, weil die Mindereinnahmen der Gaswerke ein neues Defizit in der Kammereiverwaltung herbeiführen werden. Der Aufsichtsrat hofft allerdings, durch die Preisentung nicht nur die bei der Breitenverbilligung drohende Gefahr der Abwanderung weiterer Verbraucherkreise vom Gasofen zu Kochmaschine abgewendet, sondern darüber hinaus einen Anreiz zu stärkerem Gasverbrauch gegeben zu haben. Bei gleichbleibendem Gasverbrauch würde die Preisentung eine Mindereinnahme von rund sechs Millionen Mark verursachen.

auf meinen Boden, sonst schloß ihr hier noch ein und ich habe keinen Becker bei mir. Diese Maus läuft überall, sie läuft über meinen Zehnderhut, den lege ich immer Sonntags nachmittags auf, sie kommt aus einem Wasserglas hervorgekrochen und Sie können das Mäuschen auch Ihrer bösen Schwiegermutter in den Nachtopf setzen, aber der Nachtopf darf nicht voll sein, sonst ertrinkt die Maus.

An dieser Maus haben Sie einen Spaß für das ganze Leben, was sie ihr sagen, das macht die Maus ohne Mechanik, ohne Uhrwerk und ohne Feder. Jedem kleinen Kind gehorcht die Radiomous 'komm' mal her, du Kleine, mach' den Herrschaften einmal etwas vor. Wie heißt du denn? — Erika! — Das ist aber schön, Erika, ich heiße August. Kinder, lacht nicht, jeder anständige Mensch stellt sich erst vor, man muß doch wissen, mit wem man es zu tun hat. Nun zeige mal deine Hände, Erika, so, da ist die Maus, jetzt rufe ich: Mäuschen komm! und schon ist die Maus wieder bei mir. Gott, hat sich das arme Tier aufgeregt, das Herz schlägt ihr wie ein Pferdefuß an meiner linken Wade, das kommt von den Trauerrändern, die Erika hat. Kontad, du kannst dir auch mal die Pfoten waschen!

Für dieses Mäuschen zahlen Sie nun nicht eine Mark, wie noch im Herbst in Paris. Parlez-vous française? — Dou you speak english? — Gawaritsje lii wii pa-ruckki? Ja, das kommt Ihnen spanisch vor, meine Herrschaften! Aber Sie zahlen häuße auch nicht eine halbe Mark, nicht zwanzig Pfennige, wir haben unsere Preise schon laut vierter Kolverordnung entgegenkommenderweise gesenkt: einen einzigen Groschen zahlen Sie bei mir für das niedliche Mäuschen und wer eine Maus kauft, kam zu mir auch Du sagen. Jeder erhält eine genaue Gebrauchsanweisung dazu, jeder kann sich sein Tierchen selbst anschauen, damit keiner nachher kommt und sagt: Ja, ihre Maus geht und meine nicht. Bitte, meine Damen, hier noch ein Mäuschen, aber quetschen Sie das arme Tier nicht beim Nachhauftrotzen, bitte, mein Herr, auch ein Mäuschen, aber stecken Sie die Antenne weg, immer zugehakt, so lange der Vorrat reicht. . .

Am Belle-Alliance-Platz herrscht eine ausgesprochene Konjunktur für Mäuse.

Redeschlachten auf dem Weihnachtsmarkt

Der Mann, der am Belle-Alliance-Platz mit Mäusen handelt, ist eine „Kanone“ in seinem Fach. Sein Fedd ist die Welt. Von Leipzig bis Paris sind die Reporter zu ihm gekommen und haben aufgeschrieben, was er der Menge über seine Mäuse verkündet; in Lier haben von ihm sogar die Tonfilmwänner ein paar Meter gedreht. Man erkundigt sich, wie das Geschäft geht und er meint: „Ach, ich verkaufe schon ganz gut“, und im selben Augenblick ist es auch schon soweit und er beginnt:

„Reine flotte Gemeinde, da wir heute so friedlich, äh, so gemütlich versammelt, äh, versammelt sind, wollen wir mit unserer Hauptgalaabendvorstellung anfangen. Wenn ich fertig bin, dann fahre ich nach Amerika. Zum Haare schneiden. Da bezahlt es die Krankenkasse. Kinder, spricht nicht immer dazwischen, Karl geh' nach Hause, laß' dir den Bauch waschen. Meine Herrschaften, ich werde Ihnen jetzt die Radiomous vorführen, bitte, meine Dame, ziehen Sie eine Maus heraus, haben Sie keine Angst, sie beißt nicht. So, da haben wir eine. Eine mit roten Augen, das sind die Weibchen, die mit den blauen Augen, das sind die Männchen. Jede Dame erhält bei mir ein Männchen, jeder Herr ein Weibchen. Wer zwei kauft, erhält ein Paar.

Jetzt geben Sie gut Obacht, meine Herrschaften, was das Mäuschen alles macht. Biegen Sie dem Tierchen zuerst die Antenne nach oben, so, jetzt kommen die Radiomous an die Antenne und nun kommandieren Sie einfach: Rechts um! und die Maus hat rechts um gemacht. Kinder, seid doch ruhig, hier ist doch keine Zuderschute. Ja, da staunen Sie, meine Herrschaften, was das Mäuschen alles kann, ganze Völkerräume haben sich darüber schon den Kopf zerbrochen; zweihundertfünfzig Professoren sind darüber blödsinnig geworden, ich bin auch schon bald blödsinnig. Sie brauchen nur zu sagen: Mäuschen, komm, und schon kommt das Mäuschen. Kinder, schmeißt mir nicht den Boden um, Heinrich, wisch dir mal die Nase,

wie siehst du denn aus! Soll die Maus nicht weiter laufen, dann rufen Sie einfach: Mäuschen, halt, dann hält das Vieh, das kommt daher, weil sie nicht weiter läuft. Kinder, legt euch nicht zu sehr



Vater und Sohn als Weihnachts-Strasenhändler

Autobanditen verhaftet!

Ueberfall auf Juweliergeschäft aufklärt.

Ueberraschend schnell ist den Beamten des Raubdezernats im Berliner Polizeipräsidium gelungen, den Banditenüberfall auf das Juweliergeschäft von Grudowski in der Deulbandstraße 45 restlos aufzuklären. Im Laufe des gestrigen Tages sind die drei Täter, die den Raubüberfall auf den Juwelier ausführten und eine Anzahl goldene Uhren erbeuteten, festgenommen worden. Ein vierter Komplize, der die Sache offenbar „ausbaldowert“ hat, konnte gleichfalls ermittelt und in Gewahrsam genommen werden.

Die Bande war bekanntlich in einem gestohlenen Auto vor dem Juweliergeschäft erschienen. Unter der Maske harmloser Käufer ließen sie sich Uhren vorlegen, zogen plötzlich Pistolen und riefen dem Geschäftsinhaber zu: „Hände hoch!“ Dann raubten sie eine größere Anzahl goldene Uhren, flüchteten mit dem Auto und feuerten mehrere Schüsse ab, um sich die Verfolger vom Leibe zu halten. Durch einen Fingerzeig kam die Polizei auf die Spur der Bande. Es handelt sich um den 26jährigen Chauffeur Otto W., den 20 Jahre alten Arbeiter Karl A., den 22 Jahre alten Majhmalisten Walter M. und einen 20jährigen Arbeiter Willi G. Die vier hielten sich in einer Wohnung in der Nähe des Bahnhofes Börse verborgen. Sie konnten auch so überraschend in ihrem Unterschlupf gestellt werden, daß sie nicht dazu kamen, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Außer zwei Pistolen wurde in der Wohnung ein ganzes Bündel Autoschlüssel aller gangbaren Automarken gefunden. In einem Versteck entdeckte man außerdem einen Index, mit dessen Hilfe es möglich ist, fast jedes Auto in Gang zu bringen.

Billiger Sonabend im Zoo. Heute, Sonnabend, den 19. Dezember, kostet der Eintritt in den Zoologischen Garten bereits von 12 Uhr mittag ab nur 50 Pf. für Erwachsene und 25 Pf. für Kinder; dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium.



Hier, in diesem winzigen, bedeutungslosen Kreis dreier Menschen schuf das Leben den großen Ausgleich, vollbrachte mitten im 20. Jahrhundert das geheimnisvolle Werk der Schöpfung, indem sie dem Menschen gab, was des Menschen ist. . .

Es waren Monate voll Glanz und Licht. Wo hinaus Germaine auch blickte — überall war der Horizont hell und klar. Noch einmal wurde der Traum ihrer Kindheit neu geträumt, noch einmal war ihr das Zukünftige das Verheißungsvolle, die Erfüllung, zu der auch die schönste Gegenwart nur Vorbereitung war. Noch einmal sah sie mit dem Bruder über Landkarten gebeugt, wie einst vor Jahren, und wieder wurden Träume gesponnen, Pläne geschmiedet, wieder versuchten sie, hineinzuweichen in das Kommende, das Verdorgene, es noch heller, noch reicher zu gestalten, als es schon sein mußte. —

„Bücher habe ich überhaupt keine mit! Nicht mal den Wörterbuch oder ein englisches Wörterbuch — das kann ja lieblich werden! Das nennt man dann Studienreise!“

Lachend lehnte Germaine am Fenster des D-Zuges, der nach Rotterdam fuhr.

„Halt genug geschmökert in deinem Leben! Nun tummle dich einmal da draußen!“ Fröhlich schwenkte Walter den Hut. Ja, das war ein anderer Abschied als damals in Berlin. Wie eine plötzliche Last fühlte Germaine die Erinnerung daran. Aber das war vorüber — und jetzt war sie auf dem Wege hinaus, hinüber in ein noch nie gesehenes, unbekanntes Land.

Vor vielen Jahren, vor dem Kriege, hatte sie einmal eine Reise nach Belgien gemacht — Vater war damals zu einem Aufsteck nach Brüssel gefahren, und sie hatte ihn begleitet. Es war die gleiche Erinnerung gewesen — vielleicht war es der gleiche Zug, in dem sie jetzt saß. . . Ueber ein Jahrzehnt aber war der schon tot, neben dem sie damals am Fenster ge-

lehnt und hinausgesehen hatte in die wechselnde Landschaft. Er wäre ein alter Mann, wenn er jetzt noch lebte. —

Vater und alt? Nein, diese beiden Begriffe vertrugen sich einfach nicht miteinander, es waren zwei Pole, die einander vollkommen entgegengesetzt waren, und die sich abstoßen mußten aus innerster Notwendigkeit. Jung, lebendig, voll Unruhe und Sehnsucht nach irgend etwas Unerfüllbarem, voll Unerfahrenheit, voll Hunger nach Schönheit — so war er in ihr geblieben.

Das Schicksal hatte ihm ein langsames Altern, ein Schwächerwerden und Absterben erspart, indem es ihn jäh und unvermittelt abrief, wie aus einem jener plötzlichen, impulsiven Entschlüsse heraus, durch die er selbst seine Umgebung so oft erschreckt oder überwacht hatte.

Zum erstenmal empfand sie den Tod des Vaters als sinnvoll, als Ausdruck innerer Notwendigkeit.

Germaine stand am Fenster und blickte hinaus, wie damals. Manches war ihr noch bekannt, da und dort erinnerte sie sich einer Bemerkung oder einer Erzählung des Vaters, der unerschöpflich an Einfällen, sprudelnd an Witzen gewesen war, gerade auf dieser Fahrt.

Aber da war unendlich viel Neues geworden in diesem Jahrzehnt, obwohl der Krieg dazwischen lag. Da waren moderne Fabriken aus dem Boden gewachsen, wo früher weites Feld sich ausgedehnt hatte, da schlangen sich eiserne Brücken über Fluß und Strom und führten zu neuen Siedlungen.

Aber auch sonst war manches anderes anders geworden. Wo damals fröhliche Kinder, lachende und singende Schuljugend gespielt und getollt hatten, da marschierten heute die Soldaten der Besatzungsarmee, da wurde scharf geschossen, da warf man Handgranaten und bildete Rekruten aus.

Hier fühlte Germaine, was sie in der kleinen Stadt niemals erfahren konnte, daß der Krieg an jenem Tag, als man mit roten Fahnen durch die Straßen zog und glücklich war, nicht beendet worden war, sondern daß auch im Frieden weiter gekämpft wurde. Nur die Kampfmittel hatten sich geändert — sie waren noch unheimlicher, noch unsichtbarer geworden. —

Beise schwankend, von seinem Sprühregen übergossen, lag der kleine bescheidene Dampfer nach England im nächsten Hafen von Rotterdam. Germaine verstaute ihren Koffer in der winzigen Kabine, die sie mit drei anderen Reisefahrerinnen teilte. Je zwei Betten lagen übereinander.

Sie hatte ein Oberbett erwischt, gerade an der kleinen Fensterluke, durch die es tüchtig hereinzog, wie ihr die drei anderen erzählten und sich dabei fröhlich in ihre Mäntel hüllten.

Germaine kletterte hinaus und steckte den Kopf hinaus — besser hätte sie es gar nicht treffen können. Um vier Uhr wurde es hell in der Frühe — vor acht Uhr würde man nicht in Gravesend ankommen, da konnte sie behaglich vom Bett aus das Meer und die Küste beobachten, zeichnen, Photos machen. Vergnügt sprang sie mit einem Satz unter die erschreckt aufschreienden Damen.

Der kleine Speisesaal, in dem zum Abendessen gedeckt worden war, schien völlig besetzt zu sein. Suchend sah sich Germaine um. Nur an der Tafel war noch ein leerer Platz — die kleinen Tische waren nicht mehr frei.

„Darf ich hier Platz nehmen?“

„Bitte sehr!“ Zwei ruhige Augen schauten Germaine einen Augenblick an, dann wandte sich ihr Nachbar wieder seinem Gegenüber zu, einem älteren Herrn, mit dem er lebhaft über irgend etwas diskuterte.

„Was wir jetzt erleben, das ist das Schicksal aller großen Bewegungen“, hörte ihn Germaine sagen. „Denken Sie an das Christentum.“

Aber der alte Herr auf der anderen Seite der Tafel schien nur halb überzeugt. Schwiegend löffelte er seine Suppe.

„Er hat unter dem Sozialistengesetz gelitten, man hat ihn jahrelang aus Deutschland verbannt“, wandte sich ihr Nachbar jetzt zu Germaine, „inzwischen ist die Partei groß und mächtig geworden, aber er meint, der alte Idealismus sei verloren gegangen. Und doch stehen wir auch jetzt erst am Anfang — denn es ist ja noch so unendlich viel zu arbeiten, zu schaffen, um nur die einfachsten Grundbegriffe des Sozialismus zu verwirklichen! Meinen Sie nicht auch, Genossin?“

Wieder traf sie ein ruhiger Blick. Germaine wußte nicht, was sie antworten sollte. Wo war sie denn da hingekommen? Das war wohl irgendeine kommunistische oder sozialdemokratische Gesellschaft, die da beisammen saß. „Genossin“ nannte er sie ganz einfach — das hätten Mutter und Onkel Stetten hören sollen!

Und plötzlich kam der unbezwingliche Drang über sie, den Irrtum einfach bestehen zu lassen. Warum sollte man nicht auch mal während eines Abendessens mit fremden Menschen „Genossin“ spielen können? Sie verbiß ein Lächeln.

„Ja“, sagte sie sehr ernst, „auch ich bin der Ansicht, daß wir noch sehr viel Kraft aufwenden müssen, und daß wir noch gewaltige Aufgaben zu lösen haben.“ (Fortf. folgt.)

Drei suchen den Tod.

Eine Familientragödie im Norden Berlins.

In der Stolpische Straße 27 im Norden Berlins fand man gestern abend den 47 Jahre alten Böttcher H., seine 42 Jahre alte Frau Hedwig und den 19-jährigen Sohn durch Gasvergiftung tot auf. Die wirtschaftliche Not bürdete den Unglücklichen immer neue Entbehrungen auf, so daß sie als letzten Ausweg nur noch den gemeinsamen Freitod sahen.

H. hatte eine kleine Böttcherwerkstatt. Im Hause Stolpische Straße 27 bewohnte er in der zweiten Etage mit seiner Frau und seinem erwachsenen Sohn eine bescheidene Wohnung. Obgleich sich der Meister rüchlich abmühte, das Notwendigste für seine Familie heranzuschaffen, langte es nie. Nur aus dieser Verzweiflungssituation heraus können sich auch die nächsten Bekannten der Unglücklichen die Tragödie erklären. Am Donnerstag erschien vor der Wohnung ein Steuerbeamter. Er fand keinen Einlass und mußte auch gestern wieder unverrichteter Dinge fortgehen. Dadurch waren aber Nachbarn aufmerksam geworden, und als auf Klopfen niemand öffnete, rief man die Polizei. Als die Beamten gewaltsam in die Wohnung eindringen, schlug ihnen schon auf dem Flur starker Gasgeruch entgegen. Das Schlafzimmer und die Wohnstube waren leer, die Küche von innen verriegelt. Die Tür war schnell erbrochen. Den Eintretenden bot sich ein erschütterndes Bild. Auf dem Fußboden der völlig vergasteten Küche lagen auf den ausgebreiteten Betten die Leichen der drei Familienmitglieder. Für die Samariter der alarmierten Feuerwehr war keine Arbeit mehr, bei allen drei war die Belohnung bereits eingetreten. Wie der hinzugerufene Arzt feststellte, muß der Tod schon in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag eingetreten sein. Da auch die Zeitungen und einige Briefe vom Mittwochabend noch hinter der Wohnungstür lagen, ist anzunehmen, daß H. mit seiner Frau und seinem Sohn schon vor zwei Tagen Selbstmord verübt hat. Türen und Fenster waren mit Papierstreifen verklebt, die Lebensmüden hatten dafür gesorgt, daß niemand zeitig ihre Verzweiflungstat entdecken konnte.

In Potsdam soll vertuscht werden.

Der Korruptionsstand vor den Stadtverordneten. Kauscher schweigt weiter.

Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, in der die lang erwartete Erörterung über die Bestechungsfälle im Hoch- und Tiefbauamt stattfinden sollte, endete überraschenderweise sehr schnell. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten hatten folgenden Antrag eingebracht: „An Erpägung, daß die Erörterung der angeführten Bestechungsfälle im Bauamt, solange das Ermittlungsverfahren noch schwach, unvollständig und mangels genauer Kenntnis zweifelhaft ist, und die Unterstützungsanträge bereits erledigt sind, beantragen wir, die Sitzung aufzuheben und auf einen späteren Termin zu verlegen.“

Da die Antragsteller die Mehrheit haben, wurde der Antrag angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte durch den Stadtverordneten Krüger, daß der Antrag eine Vergewaltigung der Minderheit bedeute. Die Bürgerchaft will endlich aus dem Munde des Stadtoberhauptes die Wahrheit über die Bestechungsfälle hören. Oberbürgermeister Kauscher erklärte mit kurzen Worten, daß der Magistrat sich mit der Vertagung vorher gar nicht befaßt habe. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Kriegsbeschädigte gegen Notverordnung.

Eine Versammlung von Funktionären des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten. Gau Berlin, hat zu der Rückwirkung der Vierten Notverordnung auf die Versorgung der Kriegsoffiziere Stellung genommen.

Durch die vorordnete Anrechnung von Renten aus anderen Versicherungszweigen auf die Renten aus der Reichsversorgung können in ungezählten Fällen eingegangene Verpflichtungen nicht eingehalten werden. Die Ausbildung der Kinder der Versorgungsberechtigten ist in den meisten Fällen unmöglich gemacht. Wenn zur Begründung der Berechtigung der Notverordnung und deren Bekämpfung betont wird, daß die Nachtergreifung der Feinde der Republik verhindert werden müsse, so betonen die Funktionäre jedoch, daß gerade die Auswirkungen der Vierten Notverordnung dazu beitragen werden, das Vertrauen zu Treue und Glaube zu erschüttern. Diese Befürchtung wird besonders durch die Tatsache genährt, daß die auf eigener Beitragsleistung beruhende Anspruchsberechtigung gegenüber bestimmten Versicherungszweigen durch einen Federstrich beseitigt bzw. eingeengt wurde. Die Funktionäre der Kriegsoffiziere richten daher besonders an die Presse und den Reichstag die dringende Forderung, sich dafür einzusetzen, daß das an den Kriegsoffizieren begangene große Unrecht schnellstens wieder gutgemacht wird. An alle Kriegsoffiziere ergeht darüberhinaus der Appell, durch Zusammenschluß im Reichsbund der Kriegsbeschädigten die Front des eisernen Abwehr- und Kampfeswillens gegen soziales und materielles Unrecht zu stärken.

Ein Film von der Schupo.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß hat einen außerordentlich wirkungsvollen Werbeplan herstellen lassen, der im Rahmen eines Informationsabends vor Vertretern der Presse und Behörden in den Räumen des Demokratischen Clubs vorgeführt wurde. Der Filmstreifen, der ein anschauliches Bild von der erfolgten Neuorganisation der Reichsbannerformationen gibt, vermittelt besonders in seinem zweiten Teil stärkste Eindrücke. Hier wird der muster-gültige Aufmarsch der Berliner Schupoorganisation im Lustgarten nach den Verzweiflungswahlen vom 14. September gezeigt. Der Schuß, der den Aufmarsch der zahllosen Fahnenträger und die trotz strömenden Regens in muster-gültiger Haltung auf dem weiten Platz ausharrenden Marschkolonnen der republikanischen Frontkämpfer zeigt, sowie die auf der Leinwand immer wieder erscheinenden Kampfpiktogramme werden überall, wo der Film gezeigt wird, Beifallsstürme hervorrufen. Der technische Leiter des Reichsbanners Reichardt gab die notwendigen Erläuterungen und teilte interessante Einzelheiten über die Neuorganisation des Reichsbanners mit. Unter den Ehrentiteln fiel angenehm die große Zahl höherer und höchster

Braunschweig kennt Faschismus

Auch gestern überfüllte Kreismitgliederversammlungen

In einer sehr gut besuchten Kreismitgliederversammlung der Bilmersdorfer Sozialdemokraten sprach Genosse Friedrich Stampfer: „Am Montag hat die sozialdemokratische Kreisfraktion beschlossen, den Antrag der Kommunisten auf Einberufung des Reichstags noch vor Weihnachten abzulehnen. Dieser Beschluß kommt einer Willensbetonung gleich, einer Verwerfung der neuen Notverordnung, wie sie von Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen angestrebt wird, nicht zuzustimmen. In einer großen Versammlung in Braunschweig haben 2000 Parteigenossen in einmütiger Resolution anerkannt, daß die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie durch ihren Beschluß den Kampf gegen den Faschismus in den Vordergrund aller Betrachtungen gestellt hat. Es wird gefordert, daß diese Einigkeit gegen die im Faschismus vereinten bürgerlichen Kreise die Förderung der Stunde sei. Wenn die Landstämme des Dritten Reiches zur Regierung kämen, so würde dies die sofortige Auflösung aller gesetzlichen Zustände in Deutschland bedeuten. Die braunschweigischen Parteigenossen sind für die Beurteilung des Kampfes gegen den Faschismus sachverständig. Sie sind die zuverlässigsten in ganz Deutschland. Zwar haben sie trotz Franzen und Klagen die Schrecken des Faschismus noch nicht ganz kennengelernt, aber sie haben einen Vorgehensplan davon, und dieser Vorgehensplan genügt, daß es sie nach weiterem nicht mehr gelüftet. Sie sind zufrieden, daß ihnen von Berlin aus durch die Sozialdemokratie eine starke Unterstützung in ihrem harten Kampf zuteil wird. Wenn im Reich und in Preußen der Faschismus zur Macht kommen sollte, dann wird es tiefe Finsternis sein. Deshalb haben die Braunschweiger Genossen unsere Entscheidung gebilligt. Wir haben in den letzten Tagen, bevor die Notverordnung erschien, einen erbitterten Kampf um ihren Inhalt geführt. Punkt für Punkt haben wir mit der Regierung gerungen, um die schwersten Bedrohungen der Arbeiterschaft abzumildern oder zu mildern. Wer nur die kurzen Notizen im „Vorwärts“ liest, vermag die Schwere dieses Kampfes nicht zu erkennen. Die Verhandlungen waren vertraulich und Vertraulichkeit beruht eben auf Gegenseitigkeit und muß gewahrt werden. Handelten wir nach unserem Gefühl, so würden wir das Vorzeilen zerbrechen, die Notverordnung verworfen und Hindenburg das weitere Handeln überlassen. Wir dürfen aber nicht nach unserem Gefühl handeln. Es gilt die Überwindung der aufgeschwemmten Bewegung des radikalisierten Kleinbürgeriums. Ich bin der Überzeugung, daß die Sozialdemokratie noch marschieren und siegen wird, wenn kaum noch die ältesten Leute sich an Hitler erinnern. Es gilt aber, die Kerne zu bewahren und feste Entschlossenheit zu zeigen. Ich weiß genau, Lohn verloren, viel verloren; aber ich sage: Freiheit verloren, alles verloren!“ (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Die Eiserne Front gegen die Nazis.

In der Funktionärskonferenz des Bezirkes Neuföllin sprach Genosse Kurt Heintz. Er untersuchte zunächst die Lage des Mittelstandes, der einst der politische Unteroffizier des wilhelminischen Regimes war. Durch die Revolution 1918 erwachten viele dieser Leute zum politischen Bewußtsein, aber bei weitem nicht zur politischen Klarheit. Sie können nicht vergessen, daß sie in der alten Zeit bevorrechtet waren. Aus diesen Schichten rekrutieren sich die Nazis. Dieser sozialen Entwicklung des Mittelstandes verdanken wir auch den Wahlsieg vom 14. September 1930. Weil der damalige gewählte Reichstag keine Mehrheit für eine klare Gesetzgebung bietet, regiert das Kabinett Brüning mit Notverordnungen. Genosse Heintz ging auf die Geschichte der Notverordnungen im allgemeinen und das Wesen der Vierten Not-

verordnung im besonderen ein. Nach der augenblicklichen Lage besteht keine Möglichkeit, die Vierte Notverordnung zu beseitigen. Wir müssen sie als eine Tatsache nehmen, und versuchen, die reale Kaufkraft des Volkes auf der Lohnfront zu steigern, da wir bei fünf Millionen Arbeitslosen auf der Lohnfront nicht kämpfen können. Der weitere Verlauf der deutschen Innenpolitik hängt im wesentlichen ab von der Gestaltung der Außenpolitik. Sie steht im Zusammenhang mit der Regelung der Reparationsfrage und der Frage des internationalen Schuldenproblems. Im Zusammenhang mit diesen Problemen gewinnt auch die Abrüstungskonferenz des nächsten Jahres eine unerhörte Bedeutung. Unter Berücksichtigung dieser außenpolitischen Lage werden wir nicht eher an das Volk appellieren, bis wir es für richtig halten. Wir sind nicht dazu da, den Nazis und den Kommunisten zu helfen. Aber diese Politik trägt ihre psychologischen Schwierigkeiten in sich, denn bei Millionen von Menschen ist das Denken viel primitiver als ihr Glauben. Und darum kommt alles darauf an, daß wir die eiserne Front bilden. Das wird zu neuen Wegen und zu neuen Zielen führen. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion kamen die Gegner der Tolerierungspolitik ausgiebig zu Wort. Genosse Heintz konnte in seinem Schlußwort noch feststellen, daß von keinem Kritiker positive Vorschläge für die politische Haltung der Reichstagsfraktion und der Partei gemacht worden sind. Ein Antrag, der Reichstagsfraktion das Vertrauen zu entziehen, fand keine nennenswerte Unterstützung. Die Versammlung schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Gegen Katastrophenspolitik.

Im überfüllten großen Pflanzsaal sprach vor den Mitgliedern des Kreises Bedding der Genosse Dr. Kosses: Die Fraktion hat sich dem Antrag der vereinigten nationalsozialistischen-kommunistischen Opposition auf Auflösung des Reichstags nicht angeschlossen. Zweifellos hätten wir unter geordneten Verhältnissen anders gehandelt, aber heute wäre eine Auflösung des Reichstages ein Schlag ins Wasser. Denn einmal hätte Brüning die Notverordnung keineswegs zurückgezogen, und zum anderen ist die Situation so, daß eine Neuwahl des Reichstages den jetzigen latenten Bürgerkriegszustand zu einem offenen gemacht hätte. Kommunisten und Nazis hätten eine Neuwahl begrüßt, denn sie treiben bemußt Katastrophenspolitik. Das aber können wir uns nicht leisten, denn wir haben eine große Verantwortung gegenüber der Zukunft der Arbeiterklasse, derentwegen wir heute manches auf uns nehmen müssen. Was haben wir in den letzten fünfviertel Jahren getan? Wir haben in dieser Zeit weniger Brüning gehalten als Hitler und Hugenberg ferngehalten. Die Nazis sind in dieser Zeit immer nervöser und gereizter geworden, wir aber müssen unsere Kerne behalten. Die Kommunisten sind uns in unserem Kampf gegen Hitler schmächtig in den Rücken gefallen; die Einheitsfront, nach der sie täglich brüllen, haben sie längst mit den Nationalsozialisten vermerkt. Wir wollten keinen Einheitsmischmasch, aber wir wollten heute das Trennende zurückstellen im gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Doch die Kommunisten haben nichts besseres zu tun, als uns aufs schärfste zu bekämpfen. Die neue Notverordnung geht bis an die Grenze des Ungehörigen, aber wir verzichten auf die Einberufung des Reichstages, um das Allechtümste, um das Chaos abzuwenden. Wir lehnen die Gewalt als Kampfmittel ab, doch wenn uns unsere Gegner dazu zwingen, dann werden wir die Gewalt auch zu gebrauchen wissen. Die Arbeiterschaft hat schon schwere Kämpfe hinter sich, und sie wird auch diesen Kampf im Glauben an den Sozialismus überwinden!

Polizeioffiziere auf, auch der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Heimannsberg, und Polizeioberpräsident Dr. Weiß waren erschienen. Bekannte Behördenvertreter, so u. a. Staatssekretär Dr. Bögg, Ministerialdirektor Dr. Bauer, Ministerialrat Weichmann sowie die Landräte Schlemminger und Dr. von Rathjusz, wohnten gleichfalls der Filmvorführung bei. Vom Bundesvorstand war Höllermann anwesend.

Drei Raubüberfälle.

Mit Pfefferbüchse, Schlagring und Revolver.

In den gestrigen Abendstunden wurden an drei Stellen fast zur gleichen Zeit dazwischen Raubüberfälle ausgeführt. Gegen 18.45 Uhr schied der Inhaber des Seifengeschäfts König seine 15 Jahre alte Verkäuferin Margot D. mit 200 M. Kleingeld zu bewachen Geschäftsleuten, um dafür Papiergeld einzuwechseln. Vor dem Hause Große Frankfurter Straße 69 fiel plötzlich ein Mann über das junge Mädchen her. Er streute der Ueberraschten Pfeffer in die Augen und entriß ihr den Kasten, in dem sich das Geld befand. Mit seiner Beute ergriff er die Flucht und entkam. — Der 35 Jahre alte Kasimir B. hatte es auf das Juwelergeschäft von Berger in der Kleinen Frankfurter Straße 21 abgesehen. B. bedrohte den Inhaber mit einem Schlagring und raubte ein Tableau mit Brillantringen. Auf die Hilferufe des Juweliers nahmen Postanten die Verfolgung des Täters auf und konnten ihn nach aufregender Jagd stellen. Die Ringe hatte er auf der Flucht fortgeworfen. In eine Polizeifiliale drangen gestern abend 10 junge Burschen ein und raubten mit vorgehaltenem Revolver die Landenkasse. Mit dem Geld und verschiedenen Lebensmitteln suchten die Täter das Weite.

Jack Diamond erschossen.

Der bekannte Chicagoer Verbrechertönig Jack Diamond ist am Freitagmorgen in seinem Hotelzimmer in KBay erschossen aufgefunden worden. Er ist anscheinend von Mitgliedern seiner eigenen Bande niedergeschlagen worden. Der Tod muß augenblicklich eingetreten sein.

Arbeiterrückfahrkarten der Reichsbahn.

Arbeiterrückfahrkarten gelten für die Zeit vom 19. Dezember 1931 bis 4. Januar 1932 auf jede Entfernung. Es wird also die Beschränkung auf 250 Kilometer für diese Zeit aufgehoben.

Dadurch wird es bei den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Arbeitern, Angestellten und Beamten möglich, diese um 50 Proz. verbilligten Fahrkarten auch auf größere Entfernungen während der Weihnachtszeit zu benutzen, zumal neuerdings auch die Schnell- und Eilzüge den Inhabern von Arbeiterrückfahrkarten für Reisen auf größere Entfernungen freigegeben sind. Die Arbeiterrückfahrkarten gelten für solche Arbeiter, Angestellte und Beamte, die außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt sind. Für die Erlangung einer Arbeiterrückfahrkarte ist die Bescheinigung des Arbeitgebers über die Arbeitsstelle und der Polizeibehörde über den ständigen Wohnort erforderlich.

Ringlos zum Dieb geworden.

Ein arbeitsloser Angestellter stahl kürzlich aus einem Juwelengeschäft in Berlin-Dahlemburg für 35.000 M. Schmuckstücke, aber er wußte nicht, was er mit seiner Beute anfangen sollte und so hüllte er 50 goldene Damen- und 50 goldene Herrenuhren, 200 Damenbrillianten, 45 Herrenringelinge und 300 Kettenarmbänder in ein Paket und übergab es einem ihm bekannten Portier zur Aufbewahrung. Diejen kam das Paket verdächtig vor und er brachte es zur Polizei, die es öffnete und nun dem Juwelier sein Eigentum wieder zufallen konnte.

Vor der Freizet-Revision. Die beim Reichsgericht beantragte Revisionsverhandlung gegen das Potsdamer Landgerichtsurteil, das den Amtsvorsteher Freizet aus Barnim wegen Blutschande zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilte, ist auf den 25. Januar 1932 festgesetzt.

Seinen 70. Geburtstag feiert heute Genosse Wilhelm Kluge, Köpenick-Wandenschloß, Eichhornstraße 25. Genosse Kluge ist seit 1890 ununterbrochen „Vorwärts“-Leser und seit Jahrzehnten Parteimitglied.

Probieren geht über Studieren. Mehr als 6 Millionen Menschen gebrauchen täglich die herrlich erfrischende Chlorodont-Zahnpaste zur Erlangung schöner weißer Zähne. Tube 50 Pf. Versuch überzeugt. Hüten Sie sich vor nachahmenden, billigen Nachahmungen.



IHR GESCHENK

KAFFEE HAG-WEIHNACHTSDOSEN

sind stets ein willkommenes Geschenk. Kaffee Hag ist koffeinfrei und für jeden jederzeit unschädlich. Selbst Kinder und Kranke dürfen ihn trinken. Die schöne Festtagsdose in Altsilberart kostet RM 2.25, die Vakuumdose im Weihnachtsschmuck RM 1.71. Soll Kaffee Hag längere Zeit aufbewahrt werden, so wähle man die Vakuumdose. Sie ist luftleer und hält ihren Inhalt frisch wie am Tage der Röstung.

Der Kampf um die Stillhaltung.

Ziele, Möglichkeiten und Gefahren der Berliner Konferenz.

Seit Ende der vorigen Woche wird im Gebäude der Reichsbank hinter verschlossenen Türen über eine Neuregelung oder Verlängerung des zwischen Deutschland und den ausländischen Bankengläubigern abgeschlossenen Stillhalteabkommens verhandelt. In dem sogenannten Stillhalteauschuss sind auf beiden Seiten nur die Banken vertreten mit Auslandsforderungen von schätzungsweise 6 1/2 Milliarden Mark; es ist aber damit zu rechnen, daß sich die übrigen privaten Auslandsgläubiger mit Restforderungen von 4 bis 5 Milliarden Mark an dem neuen Abkommen ebenfalls wieder anschließen werden.

Die Vorgeschichte dieser Berliner Verhandlungen

führt zurück in die Jahre, als unter der Beratungsstelle Schachts die Aufnahme langfristiger Auslandsanleihen so erschwert war, daß an ihrer Stelle in zunehmendem Umfang kurzfristige Gelder aufgenommen wurden. Das Ergebnis war, daß im Sommer 1931 die deutsche Wirtschaft mit 11,5 Milliarden langfristige und mit 12 Milliarden kurzfristige an das Ausland verschuldet war. Bis zum Mai 1931 waren diese Kredite von Fälligkeit zu Fälligkeit immer wieder verlängert worden. Dann aber legten jene umfangreichen Kreditkündigungen ein, die uns in Verbindung mit der zunehmenden Kapitalflucht einheimischer Kreise im Juli die unvergeßene Banken-, Kredit- und Währungskrise beschert haben.

Bei der Unmöglichkeit für Deutschland, die zurückgeforderten Milliardenbeträge innerhalb der kurzen Kündigungsfristen zurückzahlen, schlossen dann die ausländischen Bankengläubiger nach langwierigen Verhandlungen in Basel mit den deutschen Schuldnerbanken das sogenannte Stillhalteabkommen ab, das den Hauptteil der bereits fälligen Kurzkredite bis zum 29. Februar 1932 verlängerte. Inzwischen sind durch die Rüden dieses Stillhalteabkommens schätzungsweise noch 1 1/2 Milliarden weitere Kredite zurückgezogen worden. Der Rest ist aber noch so groß, daß nach Ablauf des Abkommens am 29. Februar natürlich an eine fristgemäße Rückzahlung gar nicht zu denken ist.

Die gegenwärtigen Verhandlungen in der Reichsbank haben daher das Ziel, ein abermaliges Abkommen zu schließen, um die planmäßige Rückzahlung der Kurzkredite von neuem zu regeln. Der unabweisliche Tatbestand, daß der größte Teil ihrer nach Deutschland gegebenen Kredite eingefroren ist, müssen die Auslandsgläubiger wohl oder übel Rechnung tragen. Auf der anderen Seite aber möchten sie ihre Zustimmung zu einer völligen Neuregelung oder zu einer Verlängerung dieser Kredite durch ein neues Stillhalteabkommen

möglichst teuer verkaufen.

um so mehr, als eine große Zahl der in Frage kommenden Auslandsbanken durch die Zahlungsunfähigkeit des deutschen Schuldners selbst in Schwierigkeiten geraten ist und nunmehr das Risiko weiterer Selbstanlage in Deutschland außerordentlich hoch ist.

Ueber den Gang der Berliner Verhandlungen wird die deutsche Öffentlichkeit nur unvollständig und zum Teil nur über läckenhafte Indistractionen der ausländischen Kreise unterrichtet. Im großen und ganzen scheinen danach die ausländischen Banken eine Neuregelung auf Jahre hinaus zunächst abgeneigt zu sein, während sie einer mehrmonatigen Verlängerung des bisherigen Stillhalteabkommens zum großen Teil zustimmen scheinen.

Diese Haltung ist wohl dadurch bedingt, daß vor der gleichzeitig in Angriff genommenen Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen ein fester Tilgungsplan für die Rückzahlung der privaten Schulden kaum aufgestellt werden könnte.

Für die deutsche Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Auslande bedeuten aber die privaten Schulderrückzahlungen und die Reparationen ein einheitliches Ganzes.

Wird die hauptsächlich von der Außenhandelsentwicklung abhängige und daher begrenzte deutsche Zahlungskraft mehr für die Rückzahlung der privaten Kredite in Anspruch genommen, so bleibt weniger oder nichts für Reparationszwecke übrig oder umgekehrt. Hieraus ergibt sich der enge sachliche und zeitliche Zusammenhang zwischen den Verhandlungen des Stillhalteauschusses in Berlin und den Reparationsverhandlungen in Basel, und daraus ergibt sich weiter, daß vor dem Abschluß der politischen Konferenz, die etwa Mitte Januar zu erwarten ist, für keine der beiden Schuldengruppen eine endgültige Regelung gefunden werden kann, so sehr diese auch im Interesse der deutschen — wie der Weltwirtschaft wünschenswert ist.

Bei aller Einigkeit zwischen Gläubigern und Schuldern über die Notwendigkeit einer schleunigen Lösung gehen die

Auffassungen über die Bedingungen für die weitere Stillhaltung noch sehr auseinander.

Schon die Vertreter der einzelnen Gläubigerländer sind untereinander uneinig, und die deutschen Bankvertreter haben es dadurch nicht leicht, gegen die zum Teil übermäßigen Zins- und Garantieforderungen der einzelnen Gläubigerationen anzukämpfen. Andere Streitfragen bestehen darin, daß Deutschland zur Sicherung seines unter dem Stillhalteabkommen stark zusammengeschmolzenen Devisen- und Goldbestandes auf eine Schließung dieser Rüden drängen muß. In dieser Richtung bewegt sich auch die deutsche Forderung, daß die im bisherigen Abkommen zugesagte Krediterneuerung für fällige Wechsel (die sogenannte Kreditlinie) in vollem Umfang aufrechterhalten werden soll. Bisher wurden von dieser garantierten Kreditlinie rund 600 Millionen Mark von den deutschen Schuldern nicht ausgenutzt, weil entweder die verlangten Zinsen übermäßig hoch waren oder durch die verschärften Anforderungen an die Güte des Wechselmaterials die notwendigen Unterlagen nicht beigebracht werden konnten.

Diese wenigen Beispiele auf der Fülle von Streitfragen lassen die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Verhandlungen erkennen, die deshalb auch nur langsam vorankommen. Trotzdem ist mit größter Wahrscheinlichkeit mit einem positiven Ergebnis zum mindesten insoweit zu rechnen, daß die Fälligkeitsfristen für die gestundeten Auslandskredite um mehrere Monate hinausgeschoben werden, weil schließlich die Sicherheit der Auslandskredite nur bei einer verständnisvollen Schonung des Schuldners gewährleistet bleibt. Inwiefern man sich einmal Gedanken darüber machen, wie sich

die deutsche Lage im schlimmsten Falle eines Scheiterns der Verhandlungen

gestalten würde. Wenn eine freiwillige Vereinbarung mit dem Auslande über einen vorläufigen Verzicht auf weitere Kreditentziehungen nicht möglich ist, so bleibt für Deutschland in der Tat kein anderer Ausweg als die Erklärung eines Auslands-

moratoriums, d. h. die deutsche Regierung müßte unter Hinweis auf die Unmöglichkeit, die zur Rückzahlung notwendigen Riesenbeträge von ausländischen Zahlungsmitteln zu beschaffen, ein Verbot für alle Auslandszahlungen erlassen. Die nächste Folge wäre natürlich eine jahrzehntelange Schädigung des deutschen Auslandskredits. Darüber hinaus wäre nach früheren Beispielen mit einem mehr oder weniger aktiven Widerstand einzelner Gläubigerationen zu rechnen.

Wieweit sich Deutschland hierauf vorzubereiten hätte, ist eine Frage der Politik und kann deshalb an dieser Stelle unerörtert bleiben. Da die außerordentlich geschwächte Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht geleugnet werden kann, wird sich ein „böser Wille“ schwerlich konstruieren lassen. Wie immer aber sich das Auslande auch mit der Erklärung eines deutschen Auslands-moratoriums abfinden würde, die Folgen für den deutschen Außenhandel wie für die gesamte Weltwirtschaft wären unberechenbar. Deutschland ist so eng in die Waren- und Kreditverflechtung der Welt einbezogen, daß

eine Zahlungseinstellung Deutschlands auch für die betroffenen Gläubigerländer und hauptsächlich für deren Banken ebenfalls eine teilweise Zahlungsunfähigkeit nach sich ziehen

würde. Schon die jetzt in Südamerika und Australien bestehenden Auslands-moratorien sind zu einem großen Teile an der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise schuld, andere besonders bedrängte Staaten Europas, wie z. B. Ungarn, spielen ebenfalls mit dem Gedanken, zu diesem letzten Ausfallsmittel zu greifen, und wären bei einem solchen Entschluß Deutschlands kaum mehr zurückzuhalten.

Der Stillhalteauschuss mag sich ausmalen, was dann aus seinen Krediten, die ja außer Deutschland über die ganze Welt verstreut sind, werden würde. Aber auch die deutschen Partner dürfen sich über die schweren Folgen eines Auslands-moratoriums keiner Täuschung hingeben. Wie hätten dann die nationale Autarkie, die völlige Abtastung Deutschlands, die in den radikalen Köpfen seit Bestehen der deutschen Schwierigkeiten eine zunehmende Rolle spielt; aber wie hätten damit auch die Abscheidung Deutschlands von dem weltwirtschaftlichen Waren- und Kreditverkehr — keine angenehme Aussicht für ein Land, das unter allen Umständen auf Exportsteigerung angewiesen ist. Wir hätten endlich damit automatisch die von denselben Kreisen angestrebte Binnenwährung, aber eine Währung, deren Wert sich nur unter noch viel größeren Opfern als die heutige halten lassen würde. Glücklicherweise aber besteht die Aussicht auf eine bessere, für alle Teile günstigere freiwillige Lösung, die einstweilen noch die Gefahr eines erzwungenen Auslands-moratoriums in den Hintergrund treten läßt.

Krisenabschluß der Reichswerke

Deutsche Industriewerke AG. setzt das Kapital herab.

Der Jahresabschluß der Deutsche Industriewerke A.-G. in Spandau, die zu dem Industriekonzern des Reiches, der Vlag, gehört, zeigt, daß auch die reichseigenen Industriebetriebe von der Krise schwer betroffen worden sind.

Bei dem Spandauer Unternehmen kamen die Krisenwirkungen um so schärfer zum Ausdruck, als der Ausbau des Stahlwerks zu einer Zeit vollendet war, als der scharfe Konjunkturabstieg begann. Für diese in den beiden letzten Jahren sehr schlecht ausgefallene Reuanlage waren schon im vorhergehenden Jahr hohe Sonderabschreibungen erforderlich, so daß bereits für 1929/30 ein Verlust von rund 2 Millionen Mark ausgewiesen werden mußte. Der jetzt vorliegende Jahresabschluß für das am 30. September beendete Betriebsjahr 1930/31 bringt einen Bar-lustausweis von 3,64 Millionen, der nach Heranziehung der letzten offenen Reserven von 3,16 Millionen Mark vorgetragen wird. Zur Deckung dieses Verlustes und zur Vornahme von durchgreifenden Beriberichtigungen bei den Wertanlagen ist eine Sanierung derart beschlossen worden, daß die Vlag als Dachgesellschaft des Reichskonzerns zur Abdeckung der 7,8 Millionen Markschulden einen Barzuschuß von 2 Millionen leistet und ein Aktienpaket in Höhe von 6 Millionen zur Verfügung stellt. Ferner wird das Spandauer Unternehmen an die Grundstücks-gesellschaft des Vlag-Konzerns unausgenutzte Grundstücke und Gebäude abstoßen, für die es weitere 3 Millionen Aktien erhält. Damit ist die Deutsche Industriewerke A.-G. in der Lage, 9 Millionen Mark Aktien einzuziehen und das Kapital von 24 auf 15 Millionen herabzusetzen. Durch diese Maßnahmen erhält die Gesellschaft sehr starke Bewegungsfreiheit, mit Hilfe der rund 9 bis 10 Millionen Mark betragenden Budgetgewinne Wertberechtigungen bei den Werksanlagen, die mit insgesamt 20,4 Millionen zu Buche stehen, vorzunehmen. An diesem Beispiel eines schnellen und durchgreifenden

Sanierungsentschlusses sollte die Privatindustrie sich ein Beispiel nehmen.

Nach dem Geschäftsbericht ist der Umsatz auf 16,4 gegen 23,3 Millionen Mark im Vorjahr zurückgegangen, während 1927/28 der Umsatz noch über 35 Millionen Mark lag. Die Belegschaft ist von 5227 Mann im Mai 1928 bis auf rund 1800 Mann zusammengeschrunpft.

Leichte Besserung für Schwerindustrie.

Die Produktion der Stahlwerke stellte sich im November auf 547 788 gegen 603 133 Tonnen im Oktober. Arbeitstätigkeit ist dagegen die Produktion an 24 Werktagen im November gegen 27 Werktagen im Oktober mit 22 825 Tonnen um 472 Tonnen oder 2,1 Proz. gestiegen.

Auch im Kohlenbergbau haben sich die Förderergebnisse etwas gehessert. Die arbeitsstättliche Förderung im Ruhrbergbau stieg von 377 718 auf 395 483 Tonnen. Die Haubenbestände sanken von 10,14 auf 10,06 Millionen Tonnen. Die Zahl der Fehlerschichten ging von 3,14 im Oktober auf 2,15 je Kopf der Gesamtbelegschaft zurück.

Bank für Deutsche Beamte. Der Treuhänder der Bank für Deutsche Beamte teilt mit, daß die vor Weihnachten in Aussicht genommene 3prozente Quote zum 17. Dezember an die Gläubiger zur Auszahlung gelangt. Bisher sind zusammen 20 Proz. der Gläubigerforderungen verteilt worden.

Benzinzoll und Benzinsteuer in Holland. Die holländische Erste Kammer hat die Erhöhung des Benzinzolls von 8 auf 10 Proz. und die Einführung einer Benzinsteuer von 4 1/2 Cents (gut 7 1/2 Pf.) gutgeheißen.

Seine Verstaatlichung des Rundfunks. Zu verschiedenen in der letzten Zeit verbreiteten Bessernachrichten, daß Pläne einer Verstaatlichung des deutschen Rundfunks bestünden, teilt das Reichspostministerium mit, daß nicht beabsichtigt sei, die Rundfunkgesellschaften ihres privaten Charakters zu entkleiden.

JUNO

Die überall
willkommene Festcigarette 1/4 M 6 Stück 20 1/2

Was sagt der Bär?
JOSETTI JUNO
Berlin raucht Juno

Arbeitslosigkeit steigt weiter.

Notverordnung wird sie noch verschärfen.

Die Statistik der Gewerkschaften des ADGB über die Arbeitslosigkeit bei ihren Mitgliedern Ende November unterteilt und beleuchtet die Statistik der Reichsanstalt. Auch im November ist die Arbeitslosigkeit weiter angeklungen und zwar im Durchschnitt insgesamt von 37,2 Proz. Ende Oktober auf 39,5 Proz. Ende November 1931 gegenüber 26,3 Proz. Ende November 1930.

Am härtesten ist — das ist auch schon saisonmäßig bedingt — wieder die sogenannte Saisongruppe betroffen. Hier stieg die Arbeitslosigkeit von 71,1 auf 78,2 Proz. gegen 51,1 Proz. Ende November 1930. Die gesamte Saisongruppe gibt ein trostloses Bild. Die Gruppe Grobkeramik mit 66,1 Proz. Arbeitslosen und 9,7 Proz. Kurzarbeitern steht noch am „günstigsten“ da!

In der Konjunkturgruppe stieg die Arbeitslosigkeit von 29,7 auf 31,1 Proz. gegenüber 20,6 Proz. Ende November 1930, während die Kurzarbeit mit 25,5 Proz. nahezu unverändert blieb. Die Industrien, wo eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit nicht eintrat oder wo sogar eine leichte Besserung sich bemerkbar machte, gehören durchweg den Konsumgüterindustrien an.

In der Porzellanindustrie ist die Arbeitslosigkeit zwar von 33,7 Proz. Ende Oktober auf 34,1 Proz. Ende November leicht gestiegen, nachdem sie Ende September 36,2 Proz. betrug, dagegen ging die Kurzarbeit weiter von 26,4 auf 24,2 Proz. zurück. In der Textilindustrie stieg insgesamt die Arbeitslosigkeit von 25,5 auf 26,9 Proz., während die Kurzarbeit von 37,6 auf 36,2 Proz. zurückging. Diese im allgemeinen ungünstige Lage ist hauptsächlich verursacht durch die Industrien für Seide, Kunstseide und Wolle. In der Baumwollindustrie wird die leichte Verschärfung der Arbeitslosigkeit ausgeglichen durch das Sinken der Kurzarbeit, während in der Leinen- und Juteindustrie die Arbeitslosigkeit leicht, die Kurzarbeit stark zurückging.

In der Schuhindustrie stieg zwar die Arbeitslosigkeit weiter von 32,5 auf 34,5 Proz., die Kurzarbeit jedoch sank von 44,5 auf 34,9 Proz. Im graphischen Gewerbe ist, mit Ausnahme der Lithographen, sowohl die Arbeitslosigkeit wie auch die Kurzarbeit, wenn auch nur leicht, gesunken. Hier dürfte es sich um eine saisonmäßige Erscheinung im Hinblick auf den Weihnachtsmarkt handeln. Das gleiche gilt wohl auch von der Gruppe Bäcker, Konditoren, Süß-, Back- und Teigwaren, wo die Arbeitslosigkeit unwesentlich von 21,5 auf 22 Proz. stieg, dagegen die Kurzarbeit erheblich von 18,4 auf 15,8 Proz. zurückging. Ähnlich verlief die Bewegung in der Tabakindustrie.

Bemerkenswert ist, daß in der Gruppe der Getränkearbeiter der Prozentsatz der Arbeitslosen mit 17,6 mit am niedrigsten von allen Industrien liegt, dagegen die Kurzarbeit mit 69 Proz. weitaus am höchsten ist. Dort ist im Braugewerbe für 25 000 Beschäftigte die 40-Stunden-Woche tarifvertraglich eingeführt worden. Dieser Fall beweist, daß durch die 40-Stunden-Woche die Arbeitslosigkeit erheblich eingedämmt werden könnte.

In allen anderen, hier nicht aufgeführten Industrien und Berufen ist die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen. Da die leichten Besserungstendenzen, die sich schon im Vormonat geltend machten, soweit sie nicht saisonmäßig bedingt sind, von den Konsumgüterindustrien ausgehen, muß man damit rechnen, daß diese Besserungstendenzen durch die Notverordnung wieder im Keime erstickt werden. Die Notverordnung bringt für alle Beamten, Arbeiter und Angestellten einen Abbau der Kaufkraft von mehr als 12 Proz. Es ist unwahrscheinlich, daß dieser Abbau auch nur annähernd durch die Preisentwertung ausgeglichen werden wird. Die Notverordnung wird also unmittelbar eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Für neue Wirtschaftsformen.

Beirat des DMB. gegen Notverordnung und Faschismus.

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm dieser Tage Stellung zu der 4. Notverordnung. Der Vorsitzende, Genosse Brandes, berichtete über die Stellung des Vorstandes.

Eine Belebung der Wirtschaft sei durch die Notverordnung nicht zu erwarten; vielmehr bedeute sie eine erhebliche Schrumpfung des Verbrauchs, wenn nicht in noch stärkerer Maße als die Lohn- und Gehaltsentwertung auch die Preisentwertung durchgeführt wird. Deshalb haben die Gewerkschaften immer wieder in erster Linie eine Senkung der Preise verlangt, um durch stärkeren Verbrauch einen größeren Inlandmarkt zu schaffen und dadurch auch auf dem Weltmarkt vorwärts zu kommen. Die Regierung hat auf keine Mahnung und Warnung der Arbeiter gehört; sie hat allein die Verantwortung.

Die Gewerkschaften sowohl als auch die SPD. haben nichts mit der Notverordnung zu tun.

Dieser stärkste Eingriff der Regierung in die private Wirtschaft geschieht letzten Endes zur Erhaltung des bankrotten Privatkapitalismus. Die Notverordnung enthält keine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, keine Bestimmung über die notwendige Arbeitszeitregelung, keine Bemerkung über den Kampf gegen die Nationalsozialisten.

Die Verdienste in der Metallindustrie sind erheblich stärker gesunken, als der Lebenshaltungsindeks. Bei der Ausdehnung der Kurzarbeit ist jede Verringerung der Stundenlöhne ein Angriff auf die primitivsten Lebensmöglichkeiten des Arbeiters.

Der Preisabbau kann diese Eingriffe nicht ausgleichen.

weil durch die Erhöhung der Umsatzsteuer selbst der mögliche Preisabbau nicht erzielt wird. Leider haben die Gewerkschaften und die SPD. in ihrem Kampf gegen die Notverordnung, auch ehe sie erlassen war, nicht die erforderliche Unterstützung bei der verantwortungslosen Opposition der Kommunisten, Deutschen Nationalen und Nationalsozialisten gefunden. Nicht gegen die Regierung ging der Kampf dieser Parteien, sondern nur gegen die SPD. und die Gewerkschaften. Deutlich zeigt sich, wo die Feinde der Arbeiterkreise sitzen. Eine Lösung der Krise mit den bisher üblichen Mitteln ist nicht mehr möglich.

Nur eine vollkommene Wendung zur planmäßigen Gemeinwirtschaft kann eine Erlösung aus der Krise bringen.

Die aus ganz Deutschland herbeigeeilten Mitglieder des erweiterten Beirats nahmen in heftiger und leidenschaftlicher Weise gegen die Regierung und ihre Notverordnung Stellung, die mit einem Federstrich langjährige, mühsame Arbeit der Gewerkschaften beseitigt, dadurch die Wirtschaft, und selbst die kapitalistische Wirtschaft weiter ruiniert, aber nichts unternimmt gegen die Leute, die die sogenannte Autorität dieser Regierung untergraben und offenen Hochverrat begehen. Die große Auseinandersetzung zwischen der sozialistischen Arbeiterschaft und den Faschisten ist die Voraussetzung für eine Geländung der deutschen Verhältnisse. Der erweiterte Beirat machte sich den Protest des Bundesausschusses vom 15. Dezember 1931 zu eigen.

Die Erhaltung der Gewerkschaften über die furchtbare Notzeit hinaus als Sicherung für die Zukunft, Ueberwindung des Faschismus, Ueberwindung der gescheiterten privatkapitalistischen Produktionsweise ist die vordringlichste Aufgabe. Im Rahmen dieser

geschichtlichen Aufgabe sind alle Mittel anzuzubenden, um die durch die Notverordnung den Arbeitern zugefügten Schäden mit allen Kräften zu mildern. Wenn aber die Regierung Brünning den angelegentlichsten Kampf gegen die Hitler-Banden nicht aufnimmt, so ist die Arbeiterchaft sehr bald vor die Frage gestellt, ob sie die Regierung Brünning noch am Leben lassen soll.

Daeth „notverordnet“ Kampf.

Der Deutsche Holzarbeiterverband nimmt ihn auf.

Das Berliner Holzgewerbe ist eine der Industrien, die hinsichtlich des Lohnabbaus von der 4. Notverordnung nicht betroffen werden, weil weder zur Zeit ein Lohnstarif besteht noch am 10. Januar 1927 einer bestanden hat. Ungeachtet dieser Tatsache versuchen die Unternehmer aber, von der Notverordnung auch zu profitieren. Herr Paeth, Obermeister a. D. der Berliner Tischler-, Innung und Vorsitzender der Vereinigten Berände der Berliner Holzindustrie (BBH.), will sich nach langer Zeit wieder einmal in der Rolle des Scharfmacherführers sehen.

Mitte November ersuchte er die Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes um Verhandlungen mit dem Ziel eines Lohnstarifvertrags. Als Tariflohn für den qualifizierten Facharbeiter bot er 1,14 M. pro Stunde. Der Holzarbeiterverband unterbreitete Herrn Paeth einen Gegenvorschlag, der einen Tarifstundenlohn von 1,23 M. vorsah.

Diese beiden Vorschläge sollten nun Gegenstand einer zum 8. Dezember anberaumten Verhandlung sein, wurden es jedoch nicht. Herr Paeth erklärte zu Beginn dieser Verhandlungen, daß er keinen Vorschlag von 1,14 M. Stundenlohn nicht mehr aufrechterhalten könne. Er stellte die unbeweisbare Behauptung auf, daß es zur Zeit Holzarbeiter genug gäbe, die zu einem Stundenlohn von 1 M. Arbeit gern annehmen würden; deshalb müsse er sein Angebot auf 1 M. reduzieren.

Dieser Umsturz wird verständlich, wenn man bedenkt, daß am Tage der Verhandlungen der Inhalt der 4. Notverordnung bekannt wurde. Auf dieser Grundlage lehnte der Holzarbeiterverband Tarifverhandlungen selbstverständlich ab. Herr Paeth teilte darauf dem Holzarbeiterverband mit, daß er nunmehr „auf Grund der Notverordnung“ den Antrag an die „zuständige Stelle“ gerichtet habe, eine tarifliche Regelung der Berliner Holzarbeiterlöhne herbeizuführen. Weiter teilte dieser Mussolini in Tschankensform der Organisation mit, daß er „seiner“ Verbandsmitglieder angewiesen habe, ab 1. Januar den Facharbeitern nur noch einen Stundenlohn von 1 M. zu zahlen.

Mit diesem Lohnstillsatz will Herr Paeth den tarifvertraglich zwar nicht mehr vereinbarten, aber bisher noch nicht veränderten früheren Tarifstundenlohn in der Berliner Holzindustrie von 1,31 auf 1 M. herabsetzen. Damit hat er den Kampf eröffnet.

Die Berliner Holzarbeiter, deren Organisation trotz der schweren Krise völlig intakt ist, werden diesen Kampf aufnehmen. Der Holzarbeiterverband richtet an seine Mitglieder die Aufforderung, zu den von Herrn Paeth diktierten Lohnsätzen nicht zu arbeiten und zu diesen Bedingungen Arbeit nicht anzunehmen. Differenzen, die durch das Vorgehen der in den „Vereinigten Verbänden“ organisierten Holzindustriellen entstehen, müssen sofort dem Büro der Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes gemeldet werden.

Differenzen im Einzelhandel.

Die Unternehmer legen Notverordnung aus.

Auch im Einzelhandel, wo es doch schon wiederholt Gehaltsabbau gab, die Löhne und Gehälter sehr niedrig sind, dagegen offiziell der Grundsatz der hohen Löhne — anderen gepredigt wird, auch hier wollten die Unternehmer auf Grund der Notverordnung die Löhne nochmals um 10 Proz. kürzen. Die Verhandlungen darüber scheiterten.

Die Vertreter des ADGB führten an, daß seit Januar 1927 verschiedene Änderungen im Lohnsystem zugunsten der Angestellten, besonders in den höheren Gehaltsstufen, eingetreten sind, die laut Notverordnung berücksichtigt werden müssen. Da die Unternehmer dies nicht anerkennen wollten und weitere Verhandlungen ablehnten, wird auch hier der Schlichter entscheiden müssen.

Wenn man bedenkt, daß das Höchstgehalt Gruppe I, nach vollendetem 26. Lebensjahr, 189 M. beträgt, das Mindestgehalt mit dem 16. Lebensjahr 63 M., moon die Unternehmer noch 10 Proz. abzählen möchten, so kann man wohl sagen, daß im Arbeitgeberverband die Scham ein unbekannter Begriff sein muß.

Krisenauswirkungen bei den Buchdruckern.

Urabstimmung über Beitragserhöhung.

Die Verschärfung der Wirtschaftskrise hatte auch im Buchdruckergewerbe im Jahre 1931 eine rasche Steigerung der Zahl der Arbeitslosen zur Folge. Während in Berlin am Anfang des Jahres 3861 Arbeitslose gezählt wurden, beträgt die Zahl der Arbeitslosen jetzt 5547. Zum erstenmal seit dem Weltkrieg trat ein geringer Rückgang an Mitgliedern ein. Von 16 677 Mitgliedern zu Beginn des Jahres sank die Mitgliederzahl auf 15 903, also um 184.

Die große Arbeitslosigkeit hatte natürlich auch eine starke finanzielle Belastung des Berliner Gau's zur Folge. Innerhalb elf Monaten wurden weit über 1/2 Millionen Mark für Unterstützung ausgegeben, so daß ein Defizit entstand. Die Weihnachtsammlung für die Arbeitslosen hat etwa 44 000 M. ergeben; ein recht erfreuliches Zeichen gewerkschaftlicher Solidarität. Lohnabbau, Stilllegungen und Abbau der sozialen Leistungen waren die Kennzeichen des abgelaufenen Jahres. Das war das Bild, das der Gauvorsitzende der Berliner Buchdrucker Genosse Braun am Donnerstag in der Generalversammlung entwickelte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung den 2. Gauvorsitzenden Albrecht, der an diesem Tage 25 Jahre als Gauvorsitzender amtiert. Anschließend berichtete der 2. Verbandsvorsitzende Genosse Paris über die Verhandlungen, die im Reichsarbeitsministerium mit den Unternehmern über die Auswirkungen der Notverordnung auf den Lohnstarif der Buchdrucker geführt wurden. Leider mißlingen sich die Buchdrucker der Notverordnung fügen. Nach längeren Verhandlungen kam die von uns bereits mitgeteilte Vereinbarung zustande, die wenigstens einen Eingriff in den Mantelstarif ausschließt.

Der in allen Bezirksversammlungen abgelehnte Antrag auf Änderung der Satzungen wurde von Einzelmeier zurückgezogen. Der Kassierer Schlegler begründete den Antrag des Gauvorstandes auf Erhöhung des Verbandbeitrags zur Aufrechterhaltung der Sonderunterstützung der Ausgesteuerten. Er forderte, in den Betrieben dahin zu wirken, daß die Arbeitslosen zur Annahme der Vorschläge führt, damit sich die Arbeitslosen um so fester mit der Organisation verbunden fühlen. Die Versammlung stimmte gegen 3 Stimmen dem Antrag zu.

Gegen etwa 12 von 657 Stimmen wurde der bisherige Gauvorstand mit Braun als 1. Vorsitzenden wiedergewählt, ebenso die einzelnen Kommissionen.

Vor einer neuen Konzentration?

Reichs- und Staatsbeamte wollen die Einheitsfront.

Der Bundestag des Bundes der Beamten und Anwärter der Reichs- und Staatsverwaltungen, über dessen ersten Verhandlungstag wir bereits berichteten, ist aller Voraussicht nach ein bedeutender Wendepunkt in der Geschichte dieser Organisation gewesen. Nach den Geschäfts- und Kassenberichten der Vorstandsmitglieder Genossen Ruge und Buda tagten am Sonntagvormittag die verschiedenen vom Bundestag eingesetzten Ausschüsse. Ihrer Berichterstattung folgte eine ausgiebige Debatte, in der neben der zukünftigen Gestaltung der Bundesfinanzen Besoldungs- und Beamtenrechtsfragen die Hauptrolle spielten.

Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, die sich klar gegen die fortgesetzten Gehaltskürzungen und Verschlechterungen der Beamtenrechte wendet und ein Gelöbnis zur unverbrüchlichen Treue zur Republik enthält.

In seinem Bericht über organisationspolitische Fragen betonte Genosse Ruge vom Bundesvorstand vor allem die Notwendigkeit einer engeren organisatorischen Verbindung mit den freigewerkschaftlichen Arbeitern, Angestellten und Beamten im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Dieser Hinweis fand bei den Delegierten große Beachtung, in der zwar die Schwierigkeiten einer solchen gewerkschaftlichen Konzentration der Kräfte aufgezeigt wurden, aber keine grundsätzliche Ablehnung gegen den Vorschlag zum Ausdruck kam.

Das bewies auch die Annahme eines Antrages der Ortsgruppe Hannover gegen nur vier Stimmen, in dem verlangt wird, daß der geschäftsführende Vorstand des Bundes umgehend Verhandlungen mit dem Ziel einer solchen organisatorischen Verbindung aufnehmen soll.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute um 18 Uhr tagen die Gruppen: Flößchen, Jugenheim, Jugendklub, 68 (Hohenzollern), Boddinstraße, Lehmannstraße, — Westkreuz, 194, 195, 196, im Schulcaum der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelstraße 24-26. — Jugendgruppe des Gesamtverbandes: 20 Uhr Weihnachtsfeier im Jugenheim, Westkreuz, 194, 195, 196. — Morgen, 6 Uhr: Weihnachtsfeier: Westkreuzklub in Kriehof. „Die Wirtschaft und ihre Entwicklung.“ — Weihnachtsfeier: Jugenheim, Pantow, Odeonsstraße. „Sonnenwende — Weihnachten.“

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anestellten

Der Eingangs ist heute ab 19 Uhr im Jugenheim der Schule Pantow Straße 18.

Süßigkeiten,

präg' Dir's ein,
sollten stets von

Verkauft nur in eigenen Filialen

Schönborn
sein!

Eigene Fabrikation

Großer Weihnachts-Verkauf!

Billig! Qualität! Billig!

Die guten, weichen Spitzkuchen
das schmackhafte Pfefferkuchenherz
Nürnberger Pfefferkuchen

Billig! Qualität! Billig!

Staatsanwalt und Weihnachtsfriede.

16 Angeklagte vom Schnellschöffengericht freigesprochen.

Die RGD. hatte zum Dienstag, dem 15. Dezember, in ein Lokal, in dem sie regelmäßig zweimal im Monat die Mitgliederversammlung der Teilgruppe der RGD. abhält, zu einem Schulungsabend eingeladen. Er hatte noch nicht begonnen, als der Hauptmann vom zuständigen Polizeirevier erschien und die Zusammenkunft auf Grund der Bestimmungen der letzten Rotverordnung über den Weihnachtsfrieden als verbotene öffentliche Versammlung auflöste. Der Wirt des Lokals, der Versammlungsleiter und die Teilnehmer wurden im Polizeipräsidium eingeliefert.

Jetzt standen sie alle, 16 an der Zahl, vor dem Schnellschöffengericht unter der Anklage des Verstoßes gegen die Rotverordnung. Es ergab sich folgendes: Die einzelnen Mitglieder der RGD. waren schriftlich zu dem Abend geladen. Sowohl der Leiter der Zusammenkunft, als auch deren Teilnehmer, wie der Wirt selbst, glaubten nicht, es mit einer öffentlichen Versammlung zu tun zu haben. Der Wirt hatte am Tage zuvor eine öffentliche Häuserbesucherversammlung der RGD., die gleichfalls für den 15. Dezember bestimmt war, in Anbetracht der Rotverordnung abgesetzt. Das Polizeipräsidium mag geglaubt haben, daß diese RGD.-Mitgliederversammlung jene öffentliche Häuserbesucherversammlung der RGD. sei. Daher der Auftrag an das Polizeirevier, sie aufzulösen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Versammlungsleiter 3 Monate Gefängnis, gegen die Teilnehmer der Zusammenkunft je 1 Monat Gefängnis. Das Gericht sprach die Angeklagten nach sehr kurzer Beratung frei. In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß die Teilnehmer der Versammlung namentlich geladen waren, und daß diese regelmäßig stattfindende Zusammenkunft der RGD.-Gruppe nicht als öffentliche Versammlung im Sinne der Rotverordnung zu betrachten sei.

Die Staatsanwaltschaft hätte in diesem Falle vielleicht besser getan, die Anklage überhaupt nicht zu erheben.

Das Finanzamt Mitte verlegt seine Diensträume von Friedrichstraße 129 nach Berlin NW. 7, Am Weidendamm 1a. Fernsprecher: A 6 (Merkur) 2530, Postfachkonto Berlin 106 700. Wegen des Umzuges ist das Finanzamt vom 21. bis zum 23. Dezember 1931 für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Ihren 80. Geburtstag feiert am 20. Dezember in voller körperlicher und geistiger Frische die Witwe Friederike Anders geb. Sordow, Berlin, Blankenfeldestraße 4. Seit über 25 Jahren ist die Subskribin „Vorwärts“-Leserin.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Anrede sind Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Bitte an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Achtung, Bezirksführer! Die neuen Männer- und Frauenmarken für das Jahr 1932 sind den Abteilungsleitern bereits zugestellt worden. Die alten Marken müssen bei der nächsten Abrechnung unbedingt zurückgegeben werden.

Alle Beitragsstellen müssen unter allen Umständen noch bis zur Abrechnung kassiert werden, weil nach den umgekehrten Marken die Anzahl der Delegierten errechnet wird.

J. M.: Alex Pagels.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Sonnabend, 19. Dezember.

1. Kreis. Die Genossen werden auf die zum Festabendverband am Samstagabend und Sonntag veranstaltete Buchausstellung im Jugendheim Friedrichstraße 11 aufmerksam gemacht.
2. und 3. Kreis. Erste juristische Sprechstunde im alten Jahren findet heute von 17-19 Uhr im Jugendheim Reinhardtstr. 4 statt. Gelegenheit zum Rechtsantritt. Die nächste juristische Sprechstunde wird erst am 9. Januar abgehalten.
4. Kreis. SPD-Friedrichs-Gruppen laden alle Genossen zur Ausstellung - Buch und Bild - am Samstagabend von 18-21 Uhr und Sonntag von 14-20 Uhr im Jugendheim Reinhardtstr. 29. Eintritt zum recht regen Besuch erwünscht.
5. Kreis. 19 Uhr Weihnachtsfeier für erweiterte Genossen bei Dabbert, Schulstraße 64.
6. Kreis. Die geplante Weihnachtsfeier der GAD. findet umständehalber nicht statt.
7. und 8. Kreis. 17. Freizeitsportgruppe: Alle Genossinnen und Genossen teilnehmen sich an der Weihnachtsfeierabendveranstaltung am Samstagabend von 18 bis 21 Uhr und Sonntag von 14-20 Uhr im Jugendheim Reinhardtstr. 29.
9. Kreis. 19 Uhr Mitgliederversammlung bei Sturm, Wilhelmshagen.
10. Kreis. 17 Uhr Sitzung der Funktionäre im Friedrichsheim. Vertretung der Weihnachtsfeier. Debatte muß erfolgen.

Morgen, Sonntag, 20. Dezember.

1. Kreis. Im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelplatz 2, Winterkammermusik unter Mitwirkung der Kapelle Kötzling, des Volkstheater-Quartetts, eines Chorchores und einer Tanzgruppe. Postkammerisches Programm. Beginn 18 Uhr. Eintritt 60 Pf., Gewerkschaft frei.

4. Kreis. Weihnachtsfeier im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Anfang 18 Uhr. Eintritt frei.
5. Kreis. 18 Uhr Weihnachtsfeier mit Redebeiträgen, Musik, Film, Kassenbesuch in der Realschule, Ostendestraße 10.
6. Kreis. Arbeitsgemeinschaft junger Parteimitglieder: Wanderung im Park nach Berlin durch den Tierpark. Treffpunkt 9 1/2 Uhr Bahnhof Potsdamer Platz, Potsdamer Platz.
7. Kreis. Wanderung in den Grunewald. Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Potsdamer Platz.

Unregelmäßige Sozialdemokraten. Sonntag, 20. Dezember, 17 Uhr, Cafe Dabbert, Kommandantenstr. 17, Alexander Pl.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Kreisleiter(innen) und Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt. Die Bes. müssen unbedingt abgerechnet werden, da am 18. und 20. Dezember die Abrechnung stattfindet. Bes. können nicht mehr zurückgenommen werden und müssen als fest verbucht abgerechnet und bezahlt werden.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

In unseren Sommerferienveranstaltungen in der Volkshalle erlitten die Rollen in Rollenwahl. Der Werkstattus in Reinhold Pl. 121 verläuft aus. Nächster Karneval Montag, 11. Januar. Bitte, früh zum Treffpunkt zur Rollenwahl 10 Uhr im Jugendheim Reinhardtstr. 29. Treffpunkt zum Besuch der Rollenwahl am Sonntag, 20. Dezember, 15 1/2 Uhr, im Kleinen Tiergarten (Denkmal). Fahrgeld mitebringen.

Kreuzberg: Sitzung, Sprechst. Wir proben nicht heute, sondern morgen, Sonntag, wie verabredet. Arbeitskreis: Wir treffen uns Sonntag am Besuch der Rollenwahl Reinhardtstr. 29, 10 Uhr. Ausnahmefall: Ausnahmefall am Treffpunkt.

Kreuzberg: Alle Rollen, die an der Jahresversammlung teilnehmen, zahlen in der Gruppe 2 M. die Anzahlung bis Sonntag, Treffpunkt zur Sommerabend: Die Gruppen sind 18 1/2 Uhr am U-Bahnhof Rathaus Neukölln. Der Eingangsloß ist bereits um 17 1/2 Uhr.

Kreuzberg: Saure de Hof: Treffpunkt zur Sommerabendfeier Sonntag 18 Uhr im Jugendheim Reinhardtstr. 29. Treffpunkt Rollenwahl Sonntag 10 Uhr im Jugendheim Reinhardtstr. 29. Treffpunkt für die Elternabendfeier im Jugendheim Reinhardtstr. 29. Mittwoch, 23. Dezember, Sommerabendfeier im Jugendheim Reinhardtstr. 29 von 19-18 Uhr.

Kreuzberg: Heute Sommerabendfeier gemeinsam mit der GAD. Jugendheim Reinhardtstr. 29. Treffpunkt 18 Uhr Hofstr. 29. Treffpunkt Sonntag, 20. Dezember, Sommerabendfeier in der Volkshalle. Treffpunkt 18 1/2 Uhr im Jugendheim Reinhardtstr. 29. Fahrgeld mitebringen.

Sterbefehl der Groß-Berliner Partei-Organisation

72. Kreis. Unter langjährigem treuem Genosse Eduard Bahr, Januarstraße 20, ist im 68. Lebensjahr nach schwerer Krankheit verstorben. Eine feierliche Beerdigung findet Sonnabend, 19. Dezember, 15 Uhr, im Friedhof der Krematoriumsstadt. Um rege Beteiligung bittet die Abteilungsleitung.

101. Kreis. Am 15. Dezember verstarb unser Genosse Karl Böttcher, Baumhaldenstr. 99, im 56. Lebensjahr. Die Beerdigung findet am heutigen Sonnabend, 19. Dezember, im Krematorium Baumhaldenweg statt. Alle Genossinnen und Genossen treffen sich 18 1/2 Uhr vor Pergamon.

106. Kreis. Am Dienstag, 15. Dezember, verstarb unser Genosse und Funktionär Wilhelm Heide, Kaiser-Wilhelm-Str. 23, nach kurzem Krankenlager im 64. Lebensjahr. Eine feierliche Beerdigung findet Sonntag, 21. Dezember, 15 Uhr, im Krematorium Baumhaldenweg. Rege Teilnahme aller Genossen wird erwartet.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Anrede nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Das Jugendsekretariat ist zwischen Weihnachten und Neujahr wegen Umzuges geschlossen. Anfragen für den „Vorwärts“ bis spätestens 23. Dezember einreichen. Ab 1. Januar befindet sich das Jugendsekretariat Lindenstr. 2, dort 1. Etz. Politisches Sekretariat Groß-Berlin: Sonnabend, 19. Dezember, 15 1/2 Uhr, Gesamtsitzung zur Vorbereitung in der Volkshalle.

Heute, Sonnabend, 19 1/2 Uhr.

Wannsee: Arbeitsgemeinschaft „Das kommunistische Manifest“. - Wahlkreis: Funktionäre bei R. Schmidt. - Schöneberg III: Auflepp. Treffpunkt 18 und 20 Uhr am Bahnhof Schöneberg. - Reinhold Pl. VIII: Funktionäre am 18 Uhr beim Genossen Heringer. - Kreuzberg-Ritter: „Notwendigkeit der Sozialisten“. - Wedding: Am 18 Uhr Sprechstunde im Jugendheim. - Wedding: Kreisleiter: Heute Sommerabend im Jugendheim findet nicht statt. - Heute Buchausstellung um 18 Uhr an bekannter Stelle. - Wedding: Sonntag: Weihnachtsfeierabendfeier um 19 Uhr im Heim Friedrichstraße.

Morgen, Sonntag.

Reinhold Pl. VIII: Jahrs. Treffpunkt 7 Uhr Reichs-Str. Kaiser-Friedrich-Str. 11. Treffpunkt 10 Uhr im Jugendheim Reinhardtstr. 29. Treffpunkt 18 Uhr im Jugendheim Reinhardtstr. 29. Treffpunkt 18 Uhr im Jugendheim Reinhardtstr. 29. Treffpunkt 18 Uhr im Jugendheim Reinhardtstr. 29.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Reichsbanner-Komitee: Berlin S 14, Eberhardstr. 27-28 Hof 2. Etz. Kreis: Die Einbürgerung unserer verstorbenen Kreisvorsitzenden: Am Sonntag, 20. Dezember, findet am Montag, 21. Dezember, 15 Uhr, im Krematorium Baumhaldenweg statt. Der Kreisverband erwartet von allen dienstfreien Kameraden, daß sie in größter Anzahl teilnehmen. - Wedding (Ordnung): Sonntag, 20. Dezember, 17 Uhr, Weihnachtsfeier für unsere erweiterten Kameraden im Saalbau der Hochhausbrauerei, Vincenzstr. 21. Eintritt frei. - Dünzberg: Sonntag, 20. Dezember, 19 1/2 Uhr, Spieltrupp und Sprechchor mit Material Hochhausbrauerei. - Kreuzberg (Ordnung): Sonntag, 20. Dezember, 19 1/2 Uhr, Weihnachtsfeier in Reinhold Pl. Kreis Kreuzberg S. Eintritt 25 Pf. - Kreuzberg-Gebäude (Dünzberg): Sonntag, 20. Dezember, 19 Uhr, Probe bei Frau. Dornmann. Sonntag, 20. Dezember, 19 1/2 Uhr, Generalprobe mit Rollen bei Schulz, Dornmann. 16 Uhr Kartieren im selben Lokal zur Mitwirkung an der Weihnachtsfeier der Arbeiterwohlfahrt.

Postkammerische Gemeinde. Sonntag, 20. Dezember, 18 Uhr, Konzert des Herrn P. Kiffen: „Grundfragen der politischen Ökonomie“. Flügel: Rändliche Hechtel (Gobard). Gölle willkommen.

Allgemeine Wetterlage.



Das westliche Hoch hat sich seit Donnerstag noch erheblich nach Osten ausgedehnt. Unter seinem Einfluß flauten die Winde in Deutschland weiter ab. Das Hochwetter hielt sich im ganzen Reich. Im Süden und Südosten Deutschlands kam es auch noch zu Schneefällen. Auf der Nordseite des Hochs sind mit westlichen Winden wärmere ozeanische Luftmassen nach Skandinavien und Finnland gebracht und haben dort reichlich Witterung bis zu Tauwetter gebracht. Da sich jetzt die Barndrüse nach Südosten wendet, dürfte allmählich Nordostdeutschland in ihren Bereich kommen. Im übrigen dürfte das Hoch, das jetzt langsam seinen Schwerpunkt wieder nach Westen verlegt, zunächst noch unser Wetter bestimmen.

Wetterausichten für Berlin. Noch zeitweise heiter bei wenig veränderter Temperatur, keine wesentliche Niederschläge, schwache Luftbewegung. - Für Deutschland. Im Nordosten Eintrübung und Witterung bis zu Tauwetter, zunehmende Niederschlagsneigung; im übrigen Reich keine wesentliche Veränderung.

Der Jettus Club, der sich mit Recht die vollständigste Vergnügungsgesellschaft der Reichshauptstadt nennen darf, will seinen Berliner Freunden eine Weihnachtsfeier bereiten. Die große familiäre Ballgesellschaft, die von jeder der Entwürfen der Berliner Bildeten und seit Jahren im Herrschaftsbereich zirkelt, soll in neuer, inhaltlich vollkommener Form erheben. Ten Rahmen für den Ballabend gibt eine lustige Alt-Berliner Feste, die Paula Busch und Adolf Steinmann nach einem älteren Geistesstücke die Range gearbeitet haben. Für die Kinder wird zugleich eine neue Märchenrevue „Wald teil ins Märchenland“ vorbereitet, die fünf der schönsten deutschen Märchen an einem Abend darstellt.

Die Firma Teppich-Wurth, Berlin C. 2, Spandauer Str. 2, ist gleichzeitig ein Begriff für Qualitätsware. Wenn Qualitätsware in einem Artikel, der schwer oder gar nicht kopiert werden kann, von diesem bekannten Spezialhaus zu billigeren Preisen angeboten wird, so bedeutet der Einkauf eine glückliche Gelegenheit, Weihnachtsgeheimnisse zu erlösen, die gleichzeitig der ganzen Familie zugute kommen und die das Heim angenehm und wohnlich machen. Teppich-Wurth, das größte Spezialhaus, dessen Verkaufsräume auch am Sonntag, dem 20. Dezember, von 13-18 Uhr geöffnet sind, unterhält seine Filialen. Bitte achten Sie genau in der Spandauer Straße auf die Hausnummer 22.

Wahlgänger Weihnachtsangebote sind die Freude aller Berliner Hausfrauen. Die Kunst Hausfrau kauft eben alles für sich bei Wahlgänger, seien es nun die notwendigen Weihnachtsgüter, sei es das ebenso beliebte wie billige Wahlgänger-Brot, sei es der Ratte für die Festtage, seien es die Christstollen oder Karstpan, Konfituren und Schokolade. Alles gibt es in den Wahlgänger-Restaurants oder in den Wahlgänger-Konditoreien. Ganz besondere Beliebtheit erfreuen sich die Wahlgänger-Bräutchen, die es schon zum Preise von 6,45 M. gibt und die Wahlgänger-Weinchen, die in den Verteilungen von 3 bis 25 M. zu haben sind. Die Wahlgänger-Konditoreien nehmen Bestellungen für Lieferungen frei Haus auf Wahlgänger-Kuchen, -Torten, -Christstollen, -Konfituren und -Karstpan jederzeit entgegen.

Warten Sie nicht bis Ihre Erklärung in voller Entloftung ist, sondern nehmen Sie bei den ersten Anzeichen eines Nadelnahrns (Gefühl der Trockenheit) die berühmten Panflavin-Pastillen, um die Anstiedung im Keime zu ersticken. Panflavin-Pastillen legen den eingedungenen Anhaltserregern einen unübersteigbaren Wall entgegen, sind angenehm von Geschmack und greifen den Magen nicht an. Von ersten Fachgelehrten bestens empfohlen. erhältlich in Apotheken und Drogerien.

Mercedes-Schuhe

sind im Preis schon vor der Notverordnung seit 1. Juli 31 um durchschnittl. mehr als 10% herabgesetzt

Die größte Auswahl bringen wir jetzt in den Hauptpreislagen

75 50 74 50



Mercedes

Friedrichstraße 41
 Potsdamer Straße 55
 Wilmersdorf, Str. 54a
 Steglitz, Schloßstr. 100

WERTHEIM

Leipziger Straße
 (Versand-Abteilung)
 Könlgrasse
 Rosenthaler Straße
 Moritzplatz

Horbert Jacques: Geisteskranke Frauen

„Landesheilanstalt“ ... heißt es jetzt. Nicht mehr „Irrenhaus“. Es ist auch kein Gefängnis mehr. Es ist ein weites Gelände, über das sich einzeln liegende Gebäude verteilen. Krankenhäuser, abgeteilt für Unruhige und Harmlose, für Männer und Frauen, das Verwaltungsgebäude, Küche, Wasch- und Vorratshaus, Wohnkolonie für die Angestellten mit Gärtchen, weite Ställe und Lager für den eigenen landwirtschaftlichen Betrieb. Von Mauern, Gittern, Zäunen ist nichts zu sehen. Das Anwesen liegt offen über dem See. Anlagen und Wiesen umschwimmen die Häuser. Die Fenster sind gitterlos. Aber sie gehen nicht an Angeln, sondern drehen sich in der Mitte auf, so daß die Öffnung schmal bleibt, den Blick wohl hinaus ins Freie, aber keinen Raum läßt, durch den ein Körper sich hindurchzwängen könnte.

Wir gehen von den Männerhäusern hinüber zu dem Teil, in dem die Untersuchungsgebäude für die Frauen liegen. Eine Gruppe Geisteskranker hängt wie ein Bienenschwarm um einen Handwagen, den sie über die Wiese ziehen. Der Wagen und die Beschäftigung, die der Wärter die Kranken um ihn veranstalten läßt, sind die einzigen Tassen, die die Kranken ans Bleiben und an einen ruhigen Gemütszustand binden.

Der Leiter der Anstalt zeigt mir das alles und sagt vor der Tür des Frauenhauses:

„Sie sind der erste Nicht-Arzt, der hier hineinkommt. Aber wir wollen nicht zwischen den Frauen durchgehen, nicht wahr? Es wird Ihnen auch genügen, von der Tür in einen der Säle zu schauen. Dann ersparen wir den Kranken die sonst unermessliche Aufregung.“

Das Haus ist ein Bau aus der Zeit von vor 15 Jahren, aus Stein, in der Architektur ohne besonderen Wert, aber gepflegt und solid. Die Fenster des hochgelegenen Erdgeschosses stehen um eine Kasse offen. Der Arzt öffnet mit einem Schemaschlüssel die Haustür, wir steigen eine Treppe von einigen Stufen in einen kleinen Flur, auf den mehrere geschlossene Türen gehen. Es ist alles wie in einem großen Privathaus. Nur das Geländer der Treppe reicht bis zur Decke und hindert den Sturz ins Stiegenhaus. Eine Wärterin, eine gute, dicke, ältere Frau, kommt aus ihrem Zimmerchen. Der Direktor fragt. Es ist nichts Außergewöhnliches los. Er öffnet gleich die erste Tür.

Wir kommen in einen großen, langen Raum. Er ist in der Hälfte durch eine Holzwand getrennt, die über mannhoch ist und in der Mitte einen breiten, offenen Durchgang hat. Auf dem Gesims, das über der Holzwand läuft, stehen Blumen, Vogelkäfige und ein Lausprediger. Auch auf einigen Tischen blühen Blumen. Es ist ein freundlicher, kleiner Saal, der eher dem Aufenthaltsraum einer besseren ländlichen Sommerfröhe entspricht.

In dem Teil, in dem wir eingetreten sind, sitzen zwei Frauen. Eine steht sofort auf und geht in den zweiten Teil und mischt sich unter die Frauen, die in ihm auf Stühlen und Bänken herumhocken oder die herumstehen. Die andere bleibt. Es ist eine bäuerliche Wuhme, die über einer großen Stickeret sitzt. Sie läßt sich nicht hören und arbeitet weiter.

Vor der Mahnung des Arztes vor der Tür, ich möchte nicht zwischen den Frauen durchgehen, nicht überziehen in ihrer Vorsicht? Es mögen zwanzig Frauen dort beisammen sein. Und keine nimmt Kenntnis von uns. Es ist, als seien wir nicht hier eingetreten.

Ich frage: „Was machen Sie, wenn eine der Kranken sich erregt?“

Da sehe ich nahe bei mir eine junge, dunkle Frau auf einem Tisch sitzen. Sie ist schön, typisch, hat schwarze Augen, die voll Trauer abwesend blickend schauen. Ihre Lippen sind weich und geschwungen. Es ist etwas von Samsi in ihrer Erscheinung. Sie ist gut gefeilt.

Der Arzt antwortet: „Vor allem feilsche Einwirkung; Beschäftigung, Bettruhe, Bäder, Drogen, und wenn es nicht hilft, eine kurze Zeit Alleinsein in einer besonderen Kammer. Ich zeige sie Ihnen nachher. Es ist ein leerer, hohler Raum. Sie dürfen nicht an die alten gepölkerten, mit blauer Düsternis gefüllten Tabakstammern denken. Kurze Zeit nur bleiben sie drin, eine Viertelstunde, höchstens eine halbe.“

Während er spricht, durchmisiere ich den Raum, in dem sich die Kranken Frauen zusammenhalten. Sie sind verschiedenen Alters, aber noch unterschiedlicher im Aussehen. Manche arbeiten etwas. Andere stieren vor sich hin. Es gehen auch welche hin und her, mit Schritten, die gehemmt sind und etwas jögern. Ja, alle sind von der Krankheit ihres Gemütes in den Augen gezeichnet. Das ist unverkennlich. Zwei lesen in Zeitungen. Jetzt schauen wohl schon einige her zu uns, doch ohne besondere Anteilnahme.

Auch die junge, schöne Frau, die so dunkel und samtig aussieht und die schwermütigen, schwarzen Augen hat, ganz in meiner Nähe, hebt jetzt die Augen zu uns auf. Es ist ein festerer Ausdruck in ihnen. Aber bemerkt sie uns? Das ist nicht zu erkennen.

An der rückwärtigen Wand spaziert eine hagere, große, ergraute Frau auf und ab. Sie bleibt stehen, nicht unermittelt, sondern als ob ein langsam aufgeteilter Entschluß ihren Willen bestimmte, es zu tun. Langsam schaut sie nun auf uns. Aber es geht kein Zeichen durch ihre Züge, erkennen lassend, daß wir irgendeinen Eindruck auf sie machen. Reglos bleibt sie stehen. Erstarrt verharrt sie dabei, zu uns herüberzuschauen.

Der Direktor ist zu der Alten getreten, die über der Stickeret sitzt. Er grüßt sie, fragt. Sie sieht gleich auf, kommt mit ihrer Arbeit zu mir und bescheiden zuwartend, zeigt sie mir sie. Ich sage: „Das ist eine schöne Arbeit. Das Abwechseln zwischen weißen und gelben Fäden.“ Sehr schön!

Sie spricht nicht und der Ausdruck ihres Gesichtes nimmt ebenfalls keinen Anteil an dem Vorgang oder meinen Worten.

„So hat sie schon eine ganze Menge“, sagt der Arzt. Da geht sie hinaus und kommt bald mit einem Pochen wieder. Es sind kleine und große Decken, etwa in der Art, wie sie auf Madeira gemacht werden. Unbewegt hält sie sie hin und wir sehen eine um die andere an und loben sie.

Aber derweil war im Nebenzimmer eine merkwürdige Veränderung vor sich gegangen. Frauen, die sich hinten aufgehakt, kamen allmählich nach vorn. Viele Augen schauten jetzt zu uns. Und nicht nur in den Augen war die Veränderung erkennbar, auch im Benehmen. Es war nämlich eine Reugier geworden worden. Wie eine Hand, die sich einem Bienenschwarm im Stock nähert, begann nun unsere Anwesenheit auf die Inzassen des Zimmers zu wirken.

Eine häßliche junge Frau in hässlicher Kleidung und mit gewöhnlichem, von der Krankheit gezeichnetem Gesicht, sah auf der Bank längs der Wand und lachte herüber, mit einem verstoßen lästernen, verständnisvollen Lachen. Wäghlich schlug sie mit der Hand an die Stirn, in einer hastigen Heimglichkeit: ein Gruß. Sie blickte hin und lachte weiter auf dieselbe anzügliche Weise.

Und neben ihr blötte leise und hartnäckig ein ganz junges Mädchen mit einem schwammigen Gesicht, in dem Augen mit ausgeblähter Ausdrucklosigkeit, voll von einer raumlosen Oede, lagen. Andere begannen sinn- und halllos in die Luft zu reden. Die einen blöde belustigt, die anderen in einem heimlichen Sort. Die Atmosphäre hatte sich wie mit einem Schlag geändert.

Dreihen zwischen den Männern, in der Abteilung der Unruhigen, war es auch ähnlich zugegangen. Auf eine erste Teilnahmslosigkeit war Neugier, auf diese Erregung gefolgt. Es war nach uns geschlagen worden. Der Wärter hatte eingegriffen. Aber dennoch und obgleich diese zwanzig Frauen den trennenden Raum der Holzwand nicht überbrücken und sie es bei diesen platonischen Zeichen der Erregung kommen ließen, hatte man vor diesen weiblichen Kranken die Empfindung einer böseren, gelochteren Möglichkeit, einer Untiefe, wie in einem nach oben schlammig und träge fließenden Bach, in dem heimliche Strudel sich verborgen hielten.

„Bei den Männern weiß man genauer, wo man dran ist“, sagte der Arzt. „Man kann mit einer gewissen Sicherheit berechnen, was zu tun ist und wie die Wirkung sein wird. Gerät eine Frau in Erregung, so weiß man nicht, wo es hinfliegt. In den weiblichen Kranken liegt etwas Unbestimmbareres und Unbestimmteres, etwas Bodenloses.“

Jetzt sehe ich, wie die Wirkung unserer Gegenwart auch die graue, hagere Frau drüben an der Wand erfasst. Ihr Gesicht verzerrt sich in einem steifen Lächeln zwischen einer spöttischen Verlegenheit und einem unbestimmbaren Ausdruck. Reglos steht sie da und schaut. Und plötzlich schließt auch sie mit der Hand an die Stirn zum Gruß und geht in denselben Augenblick, immer noch auf dieselbe Art lächelnd, wie in einer hastigen Scham zu dem tiefen Fenster, als ob sie sich verborgen wollte. Von dort lugt sie dann noch manchmal zu uns her.

Die weichen Lippen der dunklen Frau, die in meiner Nähe auf dem Tisch sitzt, bewegen sich jetzt, bewegen sich immer rascher. Aber sie bleiben lautlos. Eine Flut von Worten quillt zwischen ihnen durch, aber sie bleiben stumm, während der Blick der Augen mit einer losenden Verbissenheit und Trauer unverändert, der Körper bewegungslos ist.

Die kleine, bürgerlich und robust ansiehende Frau von 45 oder 50 Jahren, die sich vor einigen Augenblicken zu ihr gesellt hat, betrachtet ihr Schicksal mit einer spöttischen Ueberlegenheit. Dann wirt diese Frau uns einen Blick zu, dessen Einverständnis sich eins mit uns erklärt, so, als ob sie genau und klar dieselbe Aufregung über den lachvollen Zustand, über die Sinnlosigkeit und Vergeblichkeit des Benehmens der anderen hätte wie wir.

Über dieser Blick, in dem sich das Licht von noch erhaltenen Bruchstücken der Vernunft zeigt, entspringt gestungsvoller Voraussetzungen, wie wir wissen. Sie ist genau so geisteskrank wie die andere. Hinter der scheinbaren Wirklichkeit dieses Blickes ist dieselbe wüste Anordnung, wie hinter all diesen anderen Augen, die uns anschauen oder uns übersehen.

A. Kuprin: Marabu

In einem strahlenden Frühlingsschmuck lehrte ich einmal aus purer Faulenzerei in einem kleinen, dunklen Kaffeehaus ein. In dichte Rauchwolken gehüllt, sahen an einigen gelb gewordenen Marmorartigen Schmelzfiguren, merkwürdige Gestalten, die grübelnd ihre langen Nasen über die Tische herunterhängen ließen. Die gekrümmten Schultern, die merkwürdigen kurzen Radmäntel mit fast ebenso großen aufgestellten Kragen, die riesigen Holzstrahlen glichen, die wichtigsten, düsteren Mienen — das alles erinnerte mich verblüffend an eine Reihe ebensolcher Vögel mit langen Nasen, mit Kräulen um den langen nackten Hals, die mit genau so blödmühtiger Miene dahockten — an die Vögel Marabu.

„Marabu!“ schrie ich lachend in das düstere Zimmer hinein. Die Gestalten rührten sich nicht, aber vom Kleiderständer löste sich ein dunkler Diener los, der gleichfalls einem abgenutzten Marabu ziemlich ähnlich sah, und antwortete mit heiserer Stimme: „Die sind nicht da!“

Alle Marabus, außer dem Garderobier, saßen hinter Schachbrettern. Einige spielten nicht, beugten sich aber auch über die Tische, nickten mit ihren langen Nasen und starrten, ohne mit der Wimper zu zucken, auf die Figuren aus schwarzem und gelbem Holz, die in sonderbaren, für mich unverständlichen Kombinationen aufgestellt waren. Vom Hörsagen war mir bekannt, daß es Bauern, Springer und Läufer gibt, und nach meiner sonderbaren Gewohnheit, aus lauter Langeweile allerlei Unfuss zu lesen, hatte ich oft auf den letzten Seiten der Zeitung die für mich rätselhaften Rubrik durchgesehen, und es war mir im Gedächtnis geblieben, daß fast jede Partie mit dem geheimnisvollen Zuge „Bauer e2—e4“ beginnt.

Einer der Spieler hob inmitten des allgemeinen Schweigens laufflos die Hand und rückte eine Figur schräg um zwei Felder vor. Alle Zuschauer machten eine angespannte Bewegung. Ich aber griff mir an den Kopf und rief entsetzt aus: „Gott! Das soll ein Zug sein? Sie sollten den Springer doch hierher stellen.“

„Das kann ich doch nicht!“ wandte sich der Mummelkreis ärgerlich nach mir um. „Er wird doch hier von dem Bauern geschlagen!“

„Und wenn schon. Dafür werden Sie aber noch zehn Züge einen riesigen Situationsvorteil haben. Dieses Gambit erklärte in einer Vorlesung bereits bei Professor Lobatschewsky.“

Einer der Zuschauer sah mich neugierig an und sagte: „Dort ist ein Tischchen freigeworden. . . Wollen wir eine Partie zusammen spielen?“

„Wenn Sie ebenso spielen, lehne ich ab“, sagte ich würdevoll.

„Warum?“

„Weil meine Beziehungen zu Menschen, die Stiefel nähen, sehr klar definiert sind: ich bestelle bei ihnen nur Stiefel und lasse mich in keine anderen Spiele mit ihnen ein. Um mich übrigens ein wenig zu zerstreuen, würde ich nichts dagegen haben, gegen zehn Ihrer besten Spieler zugleich zu spielen. Es wird mir eine Leichtigkeit sein, Sieger zu bleiben.“

„Aber wissen Sie denn, daß einige von uns bei den letzten internationalen Weltkämpfen preisgekrönt worden sind?“

„Oh, das ist mir ganz gleich“, zuckte ich verächtlich die Achseln. Ich hatte so laut gesprochen, daß alle Marabus auf uns aufmerksam geworden waren. Zuerst starrten sie mich in wilder Verblüffung an, sprangen dann aber auf, notierten ihre Partien, und nachdem sie sich flüsternd beraten hatten, erklärten sie sich zum Turnier bereit. Während ich gleichmütig eine Zigarette rauchte, waren einige Marabus damit beschäftigt, zwölf Schachbretter auf zusammengedrückt Tischchen aufzustellen. Zwölf ausgewählte Marabus setzten sich, wie dressierte Vögel, stramm in eine Reihe und steckten sofort mit einer professionellen Gebärde die Nasen über die Bretter.

„Sie haben den ersten Zug, verehrter Herr!“ wandte sich der Schiedsrichter, ein Greis mit trüben Augen, an mich.

Ich glaubte, meinen Scherz nun weit genug getrieben zu haben. Aber es wollte mir nicht einfallen, wie ich jetzt nun hier wegkommen sollte. Im Barrak hatte ich den ersten Zug, der mir aus

Jetzt haben die stummen Marabus Worte auf dem Rücken der weichen, dunklen Frau laut gemurmelt. Mit einer einmütigen Beharrlichkeit sprudeln sie flüsternd Klagen heraus. Wenig Wörter sind zu verstehen. Immer wieder höre ich „Gefängnis“ als deutlichstes und erregendstes heraus. Fast allen eingeschlossenen Kranken im Erregungszustand fällt dieses Wort Phantasie und Wille. Die Krankheit des Hirns vermag nicht, den urchimlichsten und tragischsten Begriff aller Kreatur zu zerstören: Die Sucht nach Freiheit.

Die schwarzen, großen Augen stehen nun auf uns gerichtet und sind wie erstarrt an uns. Drohend treffen sie uns, böse und gefährliche Boten aufkommenden Sturmes. In diesen schönen, melancholisch bösen, wie in all den Augen dieser Kranken ist eine Leere, die mit einer Unwirklichkeit wie mit einem gespensterhaften Wind gefüllt ist. Es ist keine Landschaft des Menschlichen, keine Geographie der Seele, des Gemüts, der Intelligenz, es ist kein Lebensraum hinter ihnen.

Das Krause, das statt dessen sich sichtbar macht, reißt die Persönlichkeit dieser Menschen aus dem Hinströmen des Lebens in eine Untiefe. Vor ihnen, von Dämonen vermüllten Schlammgrund weicht unsere Phantasie zurück, mit Scheu und Scham geschlagen, daß man, wie vom Odem eines drohenden Geistes berührt, kaum hinzublicken wagt. In dieser unsichtig verwählten Untiefe läuft das Schicksal der Erkrankten außerhalb ihrer Persönlichkeit ab.

Kein, Scheu und Scham schöpfen die Empfindungen nicht ganz aus. Es ist auch noch etwas von Angst, ja, im weiteren Sinn von einem unmittelbar inneren Betelligsein hineingemischt. Angst? Niemand ist sicher über das Durchhalten der Kräfte, die im geheimen Untergrund des Bewusstseins die Verrichtungen des Innern leiten. Betelligsein? Wir gehören in denselben Kreis der Schöpfung wie diese Geisteskranken. Sind tätige Glieder von ihr, ein unlösbarer Bestandteil, ein Rad in ihrem Räderwerk. Wir haben einen Anteil daran, daß die Schöpfung in diesen Mitmenschen abgeirrt ist, daß an ihnen die Natur in ihrer Mechanik versagt und den höchsten menschlichen Apparat, den sie ihnen gab, nicht mehr beherrscht.

Wir als Zuschauer, an unseren Platz zwischen Tür und außerhalb der Kranken Frauen gebannt, sind die Zeute eines eigenen inneren Aufruhrs. In unserem Gemüt ist die Vorstellung geweckt, wir seien an den Rand eines Chaos geraten. Ein laßes Grauen fällt einen an, da man sieht, daß in dem Kreis der Frauen unsere Gegenwart immer bemerkbarer wird. Daß sie wie ein Stock in einem Weipendbau in den trüben Spiegel dieser erkrankten Augen sticht.

Auf dem Tisch sieht noch immer bewegungslos die schöne weiche Frau und ihre Lippen glücken mit störrischer Beharrlichkeit die geflüsternden Klagen nach Freiheit hervor. Aber um sie rubelt es sich auf. Es erfolgen edige, aufgreifende und auslehnende Bewegungen erregter Arme. Die Lippen verwildern in Anklagen und Bormahnungen oder in dem Enthemenwägen gewackter Bier.

Wir müssen gehen.

den rätselhaften Schachrubriken in Erinnerung geblieben war, und ich tief geisterlich aus: „Reine Herren! e2—e4! Ich erlaube Sie, für mich zu ziehen!“

Zwölf gelbe Hände streckten sich nach den Figuren aus, und zwölf Figuren auf zwölf Brettern rückten um zwei Felder vorwärts. Die rauhe, dünne Stimme des ersten Spielers von rechts knarrte: e7—e5. Ich betrachtete von fern aufmerksam die Bretter, bezog mich nichts und verlor in Nachdenken. Es war wohl Zeit für mich, zu verdünnen. Aber ich ludte ironisch die Achseln und verkündete in entschlossenem Tone: h1—h3. . .

Sämtliche Marabus blickten verblüfft zu mir auf. „Sie wollten wahrscheinlich sagen: h1—c3?“

„Ich will das sagen, was ich für notwendig halte“, meinte ich trocken.

„Aber einen solchen Zug gibt es doch nicht! Der Springer kann doch nicht in gerader Linie vorwärts gerückt werden!“

„Sie meinen, nicht? Haben Sie denn noch nie von dem Gambit des Marabu gehört?“ sagte ich mit giftigem Lächeln.

„Ein solches Gambit existiert nicht!“ schwärzten Dugend Stimmen um mich herum.

„Wi—irrkli—ich? Ihr hockt in diesem üblen, rauchgeschwängerten Loch, habt alles auf der Welt vergessen und habt in stumpfer Trägheit auf alle Errungenschaften verzichtet, die in letzter Zeit in diesem großen, schlauen, edlen und wahrhaft königlichen Spiel, das Schach heißt, gemacht wurden.“

„Er ist verrückt“, sagte jemand aus einer Ecke.

„Verrückt?“ schrie ich mit aufgespielter Wut. „So! Hebera! und immer hat man alle Neuerer, Erfinder, Propheten, alle Märtyrer der Wissenschaft, alle Philosophen für verrückt erklärt. Aber hat sich deshalb etwas verändert? Steht der Fortschritt still? Wie früher ragt der Eiffelturm unerreichbar hoch empor, und die unterirdischen Eisenbahnen umspannen die Erdrinde immer mehr und mehr mit ihrem Stahlnetz. Ich behaupte, daß das Gambit Marabu existiert! Es gestattet mit dem Springer in gerader Linie zu ziehen, und wenn Ihr euch weigert, es anzuerkennen, werde ich euch eine laute Anklage ins Gesicht schleudern: grimmige Maulwürfe, verstockte Feiglinge, Eulen, die Angst bekommen haben vor dem frischen Luftstrom und vor den Sonnenstrahlen, die in meiner Gestalt in die tote, erstarrte Atmosphäre der Verwesung und des Raders eingebrungen sind! Nein! Genug. . . hinaus in die frische Luft!“

Während Dugend empörter Stimmen um mich herum schrien und heulten, ging ich ruhig zum Kleiderständer und zog mich an. Einige Menschen sprangen um mich herum, schwenkten die Arme wie Flügel hin und her und knarrten mit den eingerüsteten Stimmen. Aber, ohne sie zu beachten, legte ich den Hut auf, richtete mich streng und ruhig empor und schritt würdevoll aus dem muffigen, düsteren Zimmer hinaus.

Die frische Luft der Straße empfing mich liebevoll, und voll Wärme die Augen zukneifend, lachte ich der hohen Sonne entgegen.

(Deutsch von S. Besshoff und B. Edelstein.)

Pflanzen mit blauen und lila Blättern. Auf Ceresbes entdedten die Forscher Sarcosin ein Farnkraut (Lindsaya azurea), dessen Blattoberseiten in herrlichem Ultramarinblau gefärbt sind. Auch die in Indien einheimischen Farnpflanzen besitzen, solange sie noch Sträucher bilden, d. h. noch nicht zum Baum ausgewachsen sind, blaue Blätter. Eine auf Java vorkommende Compositae (Gynura aurantiaca) sieht dagegen aus, als ob sie lila Blätter und Stengel hätte. Bei genauer Betrachtung stellt sich dann freilich heraus, daß die Blätter und Stengel am Grunde grün, aber dicht mit rotilla Härchen besetzt sind, daß ihre Oberfläche, selbst in der Nähe gesehen, ein kräftiges und gleichmäßiges Lila aufweist.

Verantwortlich für Inhalt: Bieder Schift, Wirtshaus: G. Kinnelbacher; Gesamthaltbezugung: J. Steiner, Wallstraße 17, John Schönbauer, Voltaire und Engelstraße; Frau Marabu: Anagnostis, L. Glöck; Janitsch in Berlin; Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Seite 2 Beilage.

Britischer Hochschutzzoll.

Eine neue englische Zollliste.

Die englische Regierung legt den Weg vom Freihandel zum radikalen Hochschutzzoll im Eilmarschtempo zurück. Nachdem am 25. November das erste Zollgesetz mit den neuen 50prozentigen Wertzöllen veröffentlicht worden war, ist am Freitag bereits das dritte Zollgesetz mit einer neuen Liste protektionistischer Bestimmungen bekanntgegeben worden.

Wie bei den ersten beiden Zollgesetzen wird der deutsche Export auch von dieser dritten Zollliste schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die wichtigsten Fabrikate, die hier gleichfalls mit fünfzigprozentigen Wertzöllen belegt werden, sind photographische Apparate, Radlöhren, elektrische Lampen, Baumwollfabrikate jeder Art, verschiedene chemische Produkte und andere Fabrikate, die in Deutschlands Außenhandel eine wichtige Rolle spielen. Die Wirkungen dieser neuen Zollbestimmungen kommen einem gänzlichen Einfuhrverbot ziemlich nahe. So liegen z. B. auf Photoapparaten und photographischen Einzelteilen bereits Zollsätze von 50 Prozent des Fabrikatwertes, so daß infolge der neuen Bestimmungen Photoapparate mit 100 Prozent ihres Wertes belastet werden können. Ähnlich verhält es sich bei anderen Fabrikaten, auf denen bereits die bekannten Mac-Kenna-Zölle mit 33 1/3 Prozent des Wertes ruhen, so daß hier die tatsächliche Zollbelastung weit über 50 Prozent hinausgeht.

Wie bei dem Erlaß der beiden vorherigen Zollgesetze beruft sich die englische Regierung auch diesmal auf die anormal hohe Einfuhr, die mit den neuen Zollerhöhungen bekämpft werden soll. Aber wie in den vergangenen Wochen ist auch die jetzt wiederholte Begründung der englischen Regierung keineswegs stichhaltig. Auch von englischer Seite kann nicht bestritten werden, daß die Mehreinfuhr in den ersten drei Novemberwochen überwiegend durch die Zollpropaganda der englischen Konsuln bedingt ist, die ganz zwangsläufig Angstläufe und Voreinkäufe der englischen Importeure zur Folge haben mußte.

Die englische Regierung wird sich darüber klar sein müssen, daß diese rigorose Zollpolitik einen Gegendruck im Auslande hervorrufen muß. Die französischen Gegenmaßnahmen hätten ihr bereits zeigen müssen, welchen verhängnisvollen Weg England mit einer Verschärfung seiner Hochschutzzollpolitik betritt. Die Folgen werden nicht nur für den Weltmarkt, sondern für den Außenhandel von Englands Hauptlieferanten, sondern auch für Englands Export selbst verhängnisvoll sein, denn, abgesehen davon, daß verschiedene, besonders schwer betroffene Länder zu Gegenmaßnahmen greifen werden, wird der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt nur um so heftiger entbrennen, und Englands Export das Leben schwerer denn je machen.

Englische Arbeitslosigkeit steigt.

Die Arbeitslosigkeit in England, die schon in der letzten Novemberwoche um rund 7000 Personen gestiegen war, hat sich auch in der ersten Dezemberwoche um weitere 5300 Erwerbslose vermehrt, womit die gesamte Arbeitslosigkeit in Großbritannien 2 627 324 Personen erreicht hat. Die seit der Entwertung des Pfundes um etwa 130 000 Personen zurückgegangene Arbeitslosigkeit hat infolgedessen ein fastes Bild, als es sich hier nicht um ein tatsächliches Abflauen der Arbeitslosigkeit handelt, sondern nur um eine Folge der Aussonderung der verheirateten Frauen aus der Arbeitslosenversicherung auf Grund der neuen Sozialgesetzgebung. Es ist also eine Illusion, wenn man annimmt, daß die Entwertung des Pfundes den englischen Arbeitsmarkt bisher wesentlich entlastet hat, sondern die Entlastung liegt höchstens in einer verhältnismäßig geringen Zunahme der Erwerbslosigkeit.

Öroener über Zeitungsverbote.

Richtlinien für die Verbotsspraxis.

Der Reichsminister des Innern hat den obersten Reichs- und Landesbehörden für die Handhabung der Bestimmungen des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 und 10. August 1931 Richtlinien mitgeteilt, in denen folgendes bestimmt wird:

Vor dem Erlaß jedes Verbots einer periodischen Druckschrift ist nicht nur zu prüfen, ob das Verbot auf Grund der Bestimmungen der Notverordnungen rechtmäßig zulässig ist, sondern es ist in jedem Einzelfalle auch zu erwägen, ob das Verbot im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und damit im Staatsinteresse unbedingt notwendig ist.

Die allgemeine Tendenz einer periodischen Druckschrift kann zwar für die Auslegung des Inhalts einer Veröffentlichung in der Druckschrift von Bedeutung sein. Dagegen hat die allgemeine Tendenz einer periodischen Druckschrift bei Prüfung der Frage außer Betracht zu bleiben, ob das Verbot notwendig ist. Insbesondere sind Verbote nicht deshalb zu erlassen oder auf besonders lange Dauer zu erstrecken, weil eine periodische Druckschrift die Forderungen einer Oppositionspartei vertritt.

Bei Prüfung der Frage, wann die Schreibweise die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, ist insbesondere folgendes zu beachten:

Falsche Nachrichten, die geeignet sind, die Bevölkerung in Erregung zu versetzen, gefährden die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Dasselbe gilt für alarmierende Sensationsnachrichten oder Schlagzeilen, die die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen zur Befriedung der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Verhältnisse empfindlich durchkreuzen. Die Zeitungsverbote sind dazu da, um die labile Stimmung der Bevölkerung nicht durch verantwortungslose Aufreizung, vor allem nicht durch alarmierende, einseitig gefärbte und zur Aufhebung geeignete Zeitungsberichte und Nachrichten aufzulockern zu lassen.

Schärfer als die dem Nachrichtenendienst und der politischen Befehls dienenden, hauptsächlich im Wege des Abonnentenbezugs vertriebenen periodischen Druckschriften sind diejenigen Zeitungen auf die Notwendigkeit von Verböten zu prüfen, die im wesentlichen nur dem Sensationsbedürfnis zu dienen bestimmt sind und ausschließlich oder hauptsächlich im Straßenhandel vertrieben werden.

Italien — tabu!

Ber was sagt, fliegt raus.

Jerusalem, 18. Dezember.

Eine offizielle Regierungserklärung bedauert die auf dem mohammedanischen Weltkongreß von einem arabischen Abgeordneten gegen Italien gerichteten Angriffe und verkündet die Ausweisung dieses Abgeordneten aus Palästina.

Der Zug der Pleite.



„Junge, Junge — aber jetzt! Erst der Schulheißwagen, und nu schleppen se 'n Hanomag ab!“

Die „Märtyrer“ der Hufelandstraße

Die Verteidigung beantragt: Freispruch für Kollak, Becker und Hauschke.

Nicht der Mörder ist schuld, sondern der Ermordete. Ungefähr so konnte man im Gerichtsbericht des „Angriff“ über den Prozeß der Hufelandstraße-Mörder lesen: Der Angeklagte Becker, der seinen von dem Reichsbanner überfallenen Kameraden zu Hilfe geeilt war, hatte sich in der Hitze des Gefechts in den Schneiderischen Baden verirrt und hat in Notwehr, um sich gegen die Uebermacht des Reichsbanners freie Bahn zu schaffen, geschossen.

Nicht der Mörder ist schuld, sondern der Ermordete. Ungefähr so plädierten die Verteidiger in dem Prozeß der Mörder von der Hufelandstraße. Becker wollte nur schießen, weil Schneider mit nicht mißzuverstehender Bewegung drohend das Schwert über sein Haupt geschwungen hatte. Der Revolver hat wohl geknallt, der Schuß ist aber im Lauf stecken geblieben; den Billi Schneider hat eine Kugel von der Straße her getroffen. Becker ist freizusprechen.

Kollak behauptet zwar, er habe geschossen. Das Gericht wird aber zu entscheiden haben, ob diese Selbstbezüglichung der Wahrheit entspricht. Der Staatsanwalt ist ja der Ansicht, er habe nicht geschossen. So müsse er freigesprochen werden. Unter allen Umständen habe er in Notwehr gehandelt. Sollte er geschossen und die Kugel Schneider getroffen haben, so kann ihm höchstens Fahrlässigkeit nachgewiesen werden.

Hauschke hat überhaupt nicht geschossen. Er ist nur dabei gewesen und muß freigesprochen werden.

Breffel befand sich im Besitz eines Woffenscheines und muß freigesprochen werden.

Porath und Weber haben sich nicht der Begünstigung der Flüchtlinge aus Berlin schuldig gemacht und sind gleichfalls freizusprechen.

Die Verteidiger beschworen die Richter, sich jeder politischen Gefühlsregung zu enthalten, nur ja den Angeklagten kein Unrecht zuzufügen. Es fehlte mir noch, daß die Angeklagten Kollak, Becker und Hauschke schon im Gerichtsaal von den nationalsozialistischen Verteidigern zu „Märtyrern von der Hufelandstraße“ erhoben worden wären. Ganz so, wie der „Angriff“ vom 17. die Mörder von Röntgenhof zu „Märtyrern“ stempelt. Es heißt da:

„Unseren Märtyrern zum Gruß. Aus den Kerker entlassen. Ein Teil der Gefangenen von Röntgenhof wieder frei. Besten nachmittags wurde ein Teil der wegen des Reichsbannerüberfalls in Röntgenhof gefangenen SA wieder entlassen. Wir grüßen die tapferen Kameraden und Märtyrer unserer Bewegung in der Freiheit, nachdem sie fast zwei Jahre in den Kerkern geschmachtet haben.“

Beim Ueberfall auf das Reichsbanner am 5. März wurde der Arbeiter Kubow getötet. Die vom Gericht verurteilten Schuldigen sind aber für den „Angriff“ „Märtyrer“ Kollak, Becker und Hauschke haben zwei Wertschulden auf dem Gewissen. Ihr „Martyrium“ muß also für den „Angriff“ in doppelter Glorie erstrahlen.

Das Gericht wird zu entscheiden haben, ob die Angeklagten wegen Totschlags zu verurteilen sind, oder ob sie, wie der „Angriff“ schreibt, „vielleicht nicht einmal wegen Totschlags verurteilt“ werden können.

Montag um 10 Uhr folgen kurze Repliken des Staatsanwalts und der Verteidiger, sodann das letzte Wort der Angeklagten. In den Nachmittagsstunden ist mit dem Urteil zu rechnen.

Der Abbau der Eisenpreise.

Senkung um 10 Prozent, vielfach mit Rückwirkung ab 1. Dezember.

Die Eisenjudikate haben jetzt die Preisentung auf Grund der letzten Notverordnung auf der Basis von 10 Prozent beschlossen. Abgesehen vom Rohisenverband, dessen ermäßigte Preise erst vom 16. Dezember ab gelten, haben die übrigen Syndikate die Preisentung mit Rückwirkung vom 1. Dezember ab festgesetzt. Neben dieser allgemeinen Preisentung werden auch die Qualitäts-Ueberpreise, die schon längst hätten befristet werden müssen, um 10 Prozent getürzt.

Das Gesamtausmaß der Eisenpreisentung kann nicht befristet werden, denn es ist sogar in schwerindustriellen Kreisen selbst der Standpunkt vertreten worden, wenn eine Preisentung überhaupt durchgeführt wird, dann nicht unter 20 Mark, also rund 16 2/3 Proz. für Stabstaben.

Es bleibt beim Mietkündigungsrecht.

Gausbesitzerwünsche von der Regierung nicht erfüllt.

Nach der neuen Notverordnung haben die Mieter von Wohn- und Geschäftsräumen das Recht, einen über den 31. März 1932 hinaus laufenden Mietvertrag vorzeitig zu diesem Termin zu kündigen. Der Mieter kann aber nicht kündigen, wenn er sich mit dem Vermieter im Jahre 1931 auf eine Ermäßigung des Mietzinses um mindestens 20 Proz. geeinigt hat oder noch einigt. Von verschiedenen Seiten ist gewünscht worden, dem Hauseigentümer zu ermöglichen, die Kündigung schon durch das bloße Angebot einer 20prozentigen Ermäßigung abzuwenden. Das Reichskabinett hat die Angelegenheit erneut erörtert, jedoch von der angeregten Maßnahme abgesehen.

Die hieron unabhängigen Durchführungsbestimmungen zu den Kündigungsvorschriften werden beschleunigt vorbereitet.

Hochoverratsverdacht.

Strafanzeige gegen den ehemaligen Gesandten von Reichenau

Karlstraße, 18. Dezember.

Wie die Pressestelle des Staatsministeriums mitteilt, hat das gegen den früheren Gesandten von Reichenau auf Schloss Rotenberg durchgeführte Verfahren den Anlaß zur Erstattung einer Strafanzeige gegen von Reichenau wegen Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat gegeben. Der Oberstaatsanwalt in Leipzig ist für die weitere Ermittlung zuständig.

Nach dem jetzigen Stand des Verfahrens kann eine Auskunft über das Ergebnis der bisherigen Erhebungen noch nicht veröffentlicht werden.

Urteil im Betriebsespionage-Prozeß.

Je zehn Monate Gefängnis für die Hauptangeklagten.

Ludwigshafen, 18. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Ludwigshafener Espionageprozeß wurde am Freitag das Urteil gefällt. Die Angeklagten Steffen, Dienstbach und Schmidt erhielten wegen Vergehens gegen das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs je zehn Monate Gefängnis. Der kommunistische Parteisekretär Herbst wurde wegen Beihilfe zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Ader, Dehlschläger und Frau Dehlschläger wurden freigesprochen. Die Untersuchungsfrist wird den Angeklagten mit je 8 Monaten angerechnet. Herbst hat seine Strafe durch die Untersuchungshaft verbüßt. Er wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Die Haftbefehle gegen sämtliche Angeklagten wurden aufgehoben, da Flucht- oder Verdunkelungsgefahr nicht mehr vorliegt.

Leo Schühendorf gestorben.

Am gestrigen Freitag ist der bekannte Berliner Opernfänger Leo Schühendorf im Alter von 45 Jahren gestorben. Vor einer Woche erkrankte er an einem Nierenleiden, das den Ärzten sofort zu schwersten Bedenken Anlaß gab. Man brachte ihn in ein Krankenhaus, doch verschlimmerte sich der Zustand von Stunde zu Stunde und man erkannte bald, daß Rettung nicht mehr möglich war.

Schühendorf, der in Köln geboren wurde, trat zunächst in Düsseldorf und anderen deutschen Städten sowie an der Wiener Staatsoper auf. 1920 wurde er an die Berliner große Volksoper im Theater des Westens berufen. Vor zwei Jahren ging er zu Max Reinhardt, wo er zuletzt in „Hoffmanns Erzählungen“ die Rolle des Rates Crespel spielte. Was den verstorbenen Künstler auszeichnete, war neben seinen herrlichen Stimmteilen eine echte und vielseitige schauspielerische Begabung, die ihn befähigte, sowohl in der ernsten Oper wie in der Operette stärkste Wirkungen zu erzielen.

Aus Sowjetrußland gestüchelt, und zwar nach Polen, sind laut Angaben der polnischen Grenzbehörden im letzten Vierteljahr 476 Personen, darunter 92 Frauen. Es sind in der Mehrzahl Weißrussen, doch auch 35 Polen, 15 Juden und sieben Deutsche.

